

Landesbibliothek Oldenburg

Digitalisierung von Drucken

Nachrichten für Stadt und Land. 1866-1938 66 (1932)

100 (13.4.1932)

[urn:nbn:de:gbv:45:1-788032](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:gbv:45:1-788032)

Einzelpreis 10 Pf.

Die "Nachrichten" erscheinen täglich, auch an den Sonntagen, Bezugspreis ohne Postgebühr monatlich 2,10 Reichsmark.

Nachrichten für Stadt und Land

Zeitung für oldenburgische Gemeinde- und Landesinteressen

Heute: 3 Beilagen

Anzeigen aus Oldenburg kosten die 30 mm breite Millimeterzeile 10 Pf., auswärtige 15 Pf., Familienanzeigen 8 Pf.; im Feuilleton die 30 mm breite Millimeterzeile für die erste 50 Pf., auswärtige 60 Pf. Bei Betriebsstörung, Streit usw., hat der Betreibende keinerlei Anspruch auf die Sicherung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Hausverwalter Wilhelm von Busch, - Verantwortlich für Politik Dr. Dr. Konrad Bartisch, für Feuilleton Ulrich Witten, für den heimatischen Teil J. Kreppe, für Handel und Wirtschaft Dr. Fehde, für Turnen, Sport und Sport E. Kuhnmann, für den Anzeigenenteil A. Kiese. - Berliner Schriftleitung: Dr. Fr. Heilmann, Berlin-Tempelhof, Berliner Str. 37 (Berliner P. 6 Baerwald 2526). - Druck und Verlag von H. Schatz in Oldenburg.

Nummer 100

Oldenburg, Mittwoch, den 13. April 1932

66. Jahrgang

Vulkantatastrophe in Südamerika

Acht Vulkane in Tätigkeit — Aschenregen bedeckt auch ganz Argentinien — Tausende in Erstickungsgefahr

Santiago (Chile), 12. April.

Sämtliche drei Vulkane Descazabado, Las Yeguas und Tinguirica befinden sich in ununterbrochener Tätigkeit. Trotz der großen Entfernung ist das donnerähnliche Geräusch bis Santiago zu hören. Die nahegelegenen Städte sind infolge unaufhörlichen Aschen- und Staubsregens vollkommen verunreinigt. Von den in der Nähe liegenden Dörfern ist keine Nachricht vorhanden. Die Bevölkerung leidet unter starker Kälte.

Zu dem Departement Saint Raphael liegt die Asche, die durch den Ausbruch des Vulkans Descazabado herausgeschleudert worden ist, bis zu 60 Zentimeter hoch. Südlich von Mendoza wurden verschiedene starke Erdstöße verspürt. Dauernd werden Explosionen gehört. Infolge der Dunkelheit sind die Geschäfte und Bänke geschlossen worden. Selbst in Buenos Aires ist die Luft mit Staub erfüllt, der die Bevölkerung stark befällt.

Das Gebiet der Erdbeben- und Vulkanausbrüche erstreckt sich über eine Strecke von über 700 Kilometer. Es reicht von Santiago bis südlich von Concepcion. Ein Vulkan nach dem andern, die fast alle für erschöpfen galten, hat seine Tätigkeit wieder aufgenommen. Unaufhörlich wird der Boden von starken Erdstößen erschüttert. Die ganze Gegend ist mit Aschenwolken bedeckt. Selbst in Montevideo, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten Vulkan entfernt ist, ist dichter Aschenregen gefallen. Viele Leute haben Schirme aufgezogen, andere haben sich Lächer vor Mund und Nase gebunden, um sich vor dem Einatmen der Asche zu schützen. In den Berggegenden werden Menschenverluste befürchtet. Die Fernspreck- und Telegraphen-Leitungen nach dem Vulkan-Gebiet sind größtenteils unterbrochen. Die chilenische Regierung hat ein Flugzeuggeschwader nach dem Gefahrengebiet entsandt, das Beobachtungen anstellen soll. Im Neuen-Gebiet mussten viele Städte am Tage wegen der Dunkelheit infolge des Aschenregens Licht brennen. Der Aschenregen hat stellenweise auch größere Verkehrsstörungen zur Folge gehabt. So können sich Kraftwagen und Eisenbahnzüge nur mühsam durch die am Boden liegende Asche hindurcharbeiten. Einige Städte in der Provinz Mendoza in Argentinien haben dringende Sauerstoff-Apparate angefordert, da sie durch Vulkanausbrüche gefährdet seien. Im Berggebiet von Patagonien ist ebenfalls ein Vulkan ausgebrochen, so daß man auch für Südchile große Befürchtungen hat.

Es werden sicherste Vorarbeiten getroffen, alle bedrohten Ortschaften in der Provinz Mendoza zu räumen. Es handelt sich um nicht weniger als 30 000 Menschen. Im Umkreis von 300 Meilen um den Vulkan Descazabado ist die Luft mit schwarzen Gasen verpestet, so daß man kaum darin atmen kann. Alle Züge sind mit Rückschlüssen verstopft.

Acht Vulkane in Tätigkeit

New York, 12. April.

Die letzten Meldungen aus dem südamerikanischen Katastrophengebiet besagen, daß mindestens acht Vulkane in Tätigkeit sind und der gewaltige Aschenregen unermindert

fortdauert. Die Lava-Ströme der verschiedenen Vulkane haben bereits große Strecken guten Ackerlandes vernichtet. Hülszüge, die aus Mendoza abgingen, mußten infolge des Aschenregens wieder umkehren. Hunderte von Menschen sind infolge Einatmens der Schwefelgase sehr erkrankt. Tausende von Menschen sind auf der Flucht. Die ganze Bevölkerung ist von panischem Schrecken ergriffen.

Neue Erdstöße

Tausende von Menschen auf der Flucht

Santiago (Chile), 12. April.

Ueber Argentinien und Chile geht ein ununterbrochener Aschenregen nieder. Am meisten leiden Stadt und Bezirk von Malarga in der Provinz Mendoza. Die Erde hat sich dort auf weite Strecken hin gespalten. Die Erdrisse ziehen sich auch unter der Stadt hindurch, so daß ernste Gefahr für die Häuser besteht. Die Einwohner sollen aus der Stadt entfernt werden. Die Entsendung von Truppen zur Hilfeleistung sowie jede gewünschte Unterstützung ist von der Regierung zugeagt worden.

Eine dicke Aschenbede bedeckt die Pampas und die Städte. Zunächst betrachteten die Einwohner von Buenos Aires das Herabfallen der Asche mit Neugierde. Allmählich wurde der Aschenregen jedoch so dicht, daß sie von Schwärze erfüllt wurden. Während der ganzen Tage herrscht fast völlige Dunkelheit in der Stadt. Auch die Decks der Schiffe sind von einer dichten Schicht Asche bedeckt. Man schätzt, daß bereits 3000 Tonnen Asche auf Buenos Aires niedergefallen sind.

Die südlichen Vorstädte von Santiago sind von dem Aschenregen vollkommen eingeschütt. Sämtliche Züge, die nach dem Süden fahren, sind mit Rückschlüssen überfüllt. Im Gebiet von Talca verspürte man während der Nacht drei weitere Erdstöße. Große Flammen schlagen aus den Kratern des Descazabado Grande und des Descazabado Chico hervor. Die Einwohner von Molina, Curico und San Fernando verlassen ihre Heimstätten. Auch San Vicente, Renca und Rancagua werden geräumt. Der argentinische Mitronom Bartmann vom La-Plata-Observatorium berichtet, daß die Aschenwolke innerhalb von 48 Stunden Europa erreichen könnten.

Aschenregen auch über Europa?

Berlin, 12. April.

Die gewaltigen Vulkanausbrüche, die zur Zeit große Teile Südamerikas in Unruhe versetzen, sind von einem Aschenregen begleitet, wie er in diesem Ausmaß seit langer Zeit nicht mehr beobachtet worden ist. Die riesigen Aschenmengen, die von den Vulkanen Tausende von Metern hoch in die Luft geschleudert werden, haben nach den aus Santiago de Chile vorliegenden Meldungen bereits Montevideo erreicht, das etwa 1300 Kilometer von dem nächsten der plötzlich in Tätigkeit getretenen acht Vulkane entfernt liegt. Es ergibt sich nun die Frage, ob es möglich, daß der Aschenregen bei günstigen Luftströmungen bis nach Europa

gelangen kann. Fest steht, daß die außergewöhnlich feine Vulkanasche bei großen Vulkanausbrüchen Tausende von Kilometern zurücklegen kann, sobald sie hohe Luftschichten erreicht. Das konnte z. B. bei dem gewaltigen Ausbruch des Stratania im Jahre 1883, sowie beim Ausbruch des Vesuvius im Jahre 1906 beobachtet werden. Viele Monate nach dem Ausbruch des Stratania wurden in Europa in klaren Nächten in großer Höhe leuchtende Wolken beobachtet. Er handelte sich dabei um Aschenwolken, die noch von der Sonne beleuchtet wurden, wenn die Erde schon längst in nächstlichem Dunkel lag. Beobachtungen, daß vulkanische Asche nach einer Wanderung von mehreren Tausend Kilometern noch als regelrechter Aschenregen die Erde erreicht, sind bisher noch nicht gemacht worden, denn die feinen Staub- und Ascheteilchen sind vorzügliche Wasserstoffatomen. Bleibt also die vulkanische Asche in Luftschichten, in denen eine Wolkenbildung möglich ist, so werden die Ascheteilchen schnell von Wassertropfen umgeben und infolge ihrer Schwere auf die Erde fallen. Unter diesen Umständen ist nicht damit zu rechnen, daß Europa diesmal nach den Ausbrüchen der südamerikanischen Vulkane von einem Aschenregen heimgelacht werden wird. Dagegen ist es nicht ausgeschlossen, daß in der nächsten Zeit wieder „leuchtende Nachttouren“ über Europa ziehen, zumal die letzten aus dem Katastrophengebiet vorliegenden Meldungen übereinstimmend dahin lauten, daß der gewaltige Aschenregen unermindert fortbauert.

In Argentinien Hunderte vergriffen

Gaswolken erschweren die Rettungsarbeiten

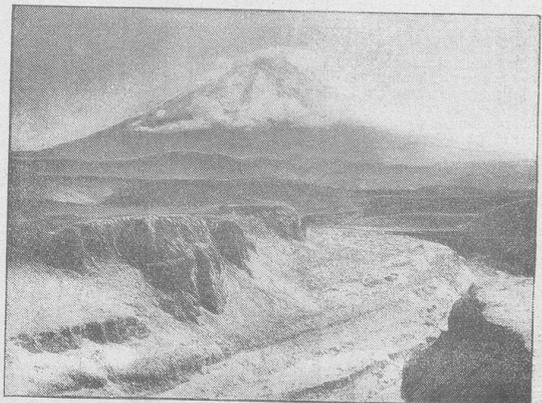
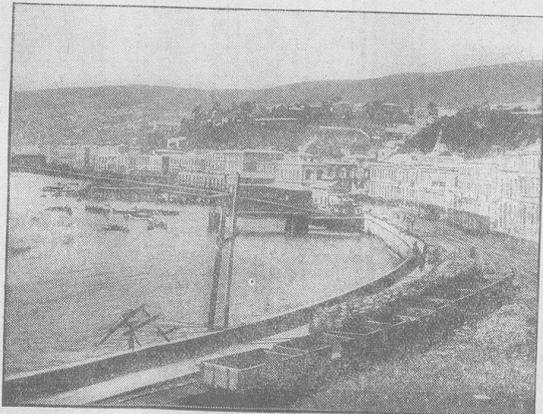
Buenos Aires, 12. April.

Der die ganze Gegend von Mendoza bedeckende Aschenhaub hat eine Höhe von 35 Zentimetern erreicht. Starke Schwefelwolken, Erdrisse und giftige Gase vermehren die Panik. Der Lavastrom hat die etwa 100 Kilometer von dem Ausbruchsgelände entfernte Stadt San Rafael erreicht. Das im Mittelpunkt der Stadt belegene Hotel „El Comercio“ ging in Flammen auf. Die Kunden-Dörfer sind von der Umwelt abgeschnitten. Dorthin gesandte reisende Boten melden, daß Hunderte von Personen ernste Verletzungen davongetragen haben und dem Erstickungstod nahe sind. Starke Gaswolken verhindern die Rettungsarbeiten. Die Hilfsbestimmungen können nur schwer vordringen. Der Vulkanhaub verdeckt die Sonne, der Horizont ist in der Nähe der Ausbruchsstelle blutig rot gefärbt. Die Seismologen sagen einstimmig ein verheerendes Erdbeben in Argentinien voraus.

Buenos Aires, 12. April.

In der durch die furchtbaren Vulkanausbrüche am meisten in Mitleidenschaft gezogenen Stadt Malarga sind in der argentinischen Provinz Mendoza befinden sich, wie aus dem bedrohten Gebiet gemeldet wird, etwa sechstaufend Einwohner infolge der Gasvergiftungen in Erstickungsgefahr. Wasser unternommene Rettungsversuche scheiterten.

(Siehe letzte Heftaufnahmen)



Links: Bild auf den Hafen von Valparaiso, der chilenischen Hafenstadt am Rande der Cordillieren, in deren Nähe das Zentrum der furchtbaren Katastrophe zu suchen ist. Rechts: Der Vulkan Miti bei Arequipa, der als erloschen galt, jetzt aber ebenfalls wieder ausgebrochen ist.



Karte Südamerikas

Der Vulkan-Ausbruch erfolgte in den mittleren Cordilleren, die die Grenze zwischen Chile und Argentinien bilden. Die Spuren des Aschenebens wurden bis Montevideo, 1300 Kilometer vom Zentrum der Katastrophe entfernt, beobachtet.

Frau Lindbergh bestellt wieder Kindermilch

Todesopfer der Lindbergh-Flucht: ein New Yorker Millionär

Trotz der neuen Komplikationen in der Lindbergh-Affäre — bekanntlich hat Lindbergh den Entführer seines Kindes 50 000 Dollar bezahlt, ohne daß sie das Baby herausgegeben hätten, worauf das Ehepaar die Nummern der bezahlten Banknoten veröffentlicht hat — ist jetzt das Ehepaar die Rückgabe des Kindes in den nächsten Tagen zu erwarten.

Frau Lindbergh hat bei der Milchhandlung, die früher die Milch für ihr Kind lieferte, nach einmonatiger Pause wieder die tägliche Milchration für ihr Baby bestellt. Der Schiffsfreder Curtis, der die Verbindung mit den Banditen gepflegt hat, versichert, daß das Kind gesund und wohlhau sei. Den Entführer werde doch nichts anderes übrig bleiben, als schließlich das Kind wieder den Eltern zurückzubringen.

Eine 20-Dollar-Note, deren Zahl bewies, daß sie zu den von Dersk Lindbergh bezahlten Besatzes gehörte, wurde in einer kleinen Koffer der Wäscherin von einer Frau angeboten. Die Wäscherin erkannte die Nummer, aber die Frau ergriff darauf die Wäscherin und schickte sie in einem grünen Auto, das vor der Tür gewartet hatte.

Die manische Furcht, von der Lausche von reichen Amerikanern seit der Entführungsjahre befallen sind, hat jetzt auch ein Todesopfer gefordert. Der New Yorker Textil-Großhändler Waldemar Hubens war den fürchterlichen Auslegungen der letzten Wochen nicht mehr gewachsen und hat Selbstmord begangen. Er lebte in fieberiger Angst, daß man ihm sein achtjähriges Söhnchen rauben könnte. Er hielt den Jungen seit Wochen in einem vergitterten Zimmer eingesperrt, ließ ihn durch Detektive bewachen und ließ selbst stundenlang mit gelabtem Revolver vor der Tür. Wiederholt erklärte er: „Ich halte diese Last nicht länger aus.“ Schließlich brach er zusammen und lag tiefe eine Kugel in den Kopf. Man fand ihn tot vor der Tür des Zimmers auf, in dem sein Junge schlief.

Die preussische Schiebung gelungen

Unwürdige Koalitionspolitik

(Sonderdienst unserer Berliner Schriftleitung)

Dr. H. Berlin, 12. April.

Den Weimarer Parteien, die hinter der Regierung Braun-Severing stehen, ist es am Dienstag mit 227 gegen 2 Stimmen bei einer Stimmhaltung fastlich gelungen, die Aenderung der Geschäftsordnung des Preussischen Landtages durchzuführen, die unter den abwechselnden innerpolitischen Umständen im gegenwärtigen Zeitpunkt nur als sehr zeitlich anmutendes Schwindelmansöver bezeichnet werden kann. Bei dem Antrag der drei Regierungsparteien, um dessen Willen das herrschende Preußen-Parlament zwölf Tage vor den Neuwahlen noch einmal einberufen wurde, handelte es sich, wie einmütlich, um die Vereinfachung der Abstimmung in der Geschäftsordnung des Landtages, wonach der Ministerpräsident auch mit relativer Mehrheit vom Parlament gewählt werden kann, wenn die absolute Majorität nicht zu erzielen ist.

Man hatte in den Reihen der Koalitionsparteien am Dienstag ersichtlich selbst ein schlechtes Gewissen. Sogar der Landtagspräsident, der Sozialdemokrat Wittmann, stellte bei der Eröffnung der Sitzung entscheidend fest, daß die Einberufung nicht nur auf Grund des Antrages der drei Regierungsparteien, sondern auch auf kommunalistische Veranlassung hin erfolgt sei. Man hatte deutlich das Gefühl, daß Herr Wittmann die ganze Angelegenheit einigermaßen heimlich war, wie ja auch innerhalb der Koalition, so namentlich im Zentrum, dem Verlauf der Sitzung mit sehr gemischten Gefühlen entgegenzusehen wurde. Es war dann auch außerordentlich bezeichnend, daß die Antragsteller selbst, trotz ausdrücklicher Aufforderung durch den Landtagspräsidenten, auf jede Veränderung ihres Votums verzichteten. Es wollte sich eben aufeinander niemand dieser unbankbaren Aufgabe unterziehen.

Um so deutlicher war dann die Abrechnung, die die Parteien der nationalen Opposition mit dem Verfahren der Weimarer Parteien hielten. Der deutsche nationale Abgeordnete v. Winterfeldt bezeichnete den Antrag der Koalitionsparteien als eine Umgehung des Willens des preussischen Volkes und als unehrenhafte Schiebung. Auch der Führer der volksparteilichen Landtagsfraktion, Abgeordneter Stendel, kennzeichnete das Verfahren schmachlos als ausgereinigtes Schwindelmansöver. Die Redner des Landtags und der Wirtschaftspartei schlossen sich mit nicht weniger eindringlichen Ausführungen der ablehnenden Haltung ihrer Vorgesetzten an, auch der Sprecher der Kommunisten betonte die ablehnende Stellungnahme seiner Fraktion.

Der sozialparteiliche Abgeordnete Nuschke hatte nun das unbankbare Amt, im Namen der Koalition auf die Angriffe der Oppositionsparteien zu erwidern, was ihm selbst am wenigsten Freude gemacht haben dürfte. Er suchte sich deshalb auch von vornherein so kurz wie möglich zu fassen, bot aber dennoch einige Angriffsflächen, die zweifellos in den kommenden zwölf Tagen des preussischen Wahlkampfes erheblich ausgenutzt werden. Wenn er beispielsweise erklärte, es handele sich bei dem Antrag der drei Regierungsparteien einfach darum, die Geschäftsordnung mit der preussischen Verfassung in Einklang zu bringen, so wird man sich in der Tat fragen müssen, warum denn gerade die drei Regierungsparteien, die sich immer so gern als die berufenen Hüter der Verfassung hielten, die Vereinfachung erst jetzt herbeiführen. Dreizehn Jahre haben sie ins Land geben lassen, ohne

daß sie an den alten Bestimmungen der Geschäftsordnung, die mit der Verfassung nicht übereinstimmen, Anstoß genommen hätten! Aber auch der aktuelle und politisch tendenziöse Zweck der Aenderung dieser Geschäftsordnung geriet im gegenwärtigen Zeitpunkt wurde von Nuschke wider Willen sehr offen enthüllt. Der Sprecher der herrschenden Preußenfraktion wertete auf die Vorbeimere Dokumente und betonte ausdrücklich, daß die Regierungsparteien es für absolut notwendig hielten, die Nationalsozialisten von der Regierungsmacht fernzuhalten. Es ist hiernach doch wohl selbstverständlich, daß gerade die Parteien der nationalen Opposition ihren Wahlkampf mit den Mitteilungen Nuschkes befechten werden.

Bei der Abstimmung ergab sich dann, daß die Koalitionsparteien alle ihre Abgeordneten bis auf drei zur Stelle hatten. Vom Zentrum fehlten die Abgeordneten v. Bapen und Dr. Lindeborn, die bereits seit Tagen aus ihrer Ablehnung des Stellenantrages gegenüber dem Aenderungsantrag der Koalitionsparteien keinen Hehl gemacht hatten. Von der Staatspartei war der frühere Finanzminister Dr. Höpfer nicht anwesend, der gleichfalls ein Gegner der Koalitionspolitik ist. Außerdem enthielt sich auch noch der Zentrumsabgeordnete Mannes der Stimme. Vom äußeren Bilde war die im Preussischen Landtag ungewohnt stark Befragung der Publikums- und Journalistenfraktionen auffallend; ebenso wurde viel bemerkt, daß von den Ministern keiner auf der Regierungsbank Platz genommen hatte. Soweit der preussische Ministerpräsident Braun selbst in Betracht kommt, standen wir übrigens zu wissen, daß er noch am Montagmittag, freilich vergeblich, die Führer der Regierungsfaktionen gebeten hat, von ihrem Aenderungsantrag Abstand zu nehmen.

Der Preussische Landtag beschloß seine Tätigkeit in dieser unwürdigen Sitzung noch mit der Ablegung eines kommunikativen Antrages, der sich gegen die angebliche Beeinträchtigung der kommunikativen Wahlpropaganda wendete.

Ob die politische Absicht der drei preussischen Regierungsparteien erreicht werden kann, hängt jetzt in erster Linie davon ab, welchen Wahlerfolg die Parteien der nationalen Opposition am 24. April davontragen. Gelingt es ihnen, die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen auf sich zu vereinigen, dann dürften sie in der Lage sein, den neuen preussischen Ministerpräsidenten auch mit absoluter Landtagsmehrheit zu wählen. Gelingt das nicht, so hoffen die Regierungsparteien in Preußen, die jetzige Regierung Braun-Severing als geschäftsführendes Kabinett im Amt erhalten zu können. Die politische Verantwortung dafür liegt dann freilich ausschließlich beim Zentrum.

„Germania“ erklärt: Das Zentrum hat nicht für Braun optiert

Berlin, 12. April.

Zu der von der Preußen-Koalition beschlossenen Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages erklärt die „Germania“: Wir haben gegen die Vornahme dieser Aenderung für den gegenwärtigen Augenblick lebhafteste Bedenken geäußert, und diese Bedenken bestehen fort. Es schieben uns mitten in einem mit den üblichen Mitteln geführten Wahlkampf aus psychologischen und tatsächlichen Gründen nicht

Wer ist Dr. Roosen?

Schriftsteller — Gelehrter — Heroskrit

Berlin, 12. April.

Das unglückliche Attentat auf den Reichsamtpräsidenten Luther hat die Persönlichkeit Dr. Max Roosens, der als Anstifter der ganzen Sache gilt, in den Vordergrund des öffentlichen Interesses gerückt. Das Wertwürdige ist, daß es sich bei ihm durchwegs nicht um einen ungebildeten, engstirnigen und schrankenlosen Fanatiker handelt, sondern, daß Roosen als Mann von großem Wissen und Ideenreichtum bezeichnet wird.

Dr. Roosen ist in Buenos Aires geboren. Er kam aber schon in früherer Jugend nach Deutschland und absolvierte hier seine Studien. Zuletzt war er recht vielseitig, er sich nicht nur für Volkswirtschaft und Finanzwissenschaft interessierte, sondern auch für schwingeligen Gebiete sehr belesen und auch selbst tätig war. Lange Zeit verdiente er sich seinen Lebensunterhalt mit schriftstellerischen Arbeiten, die er hauptsächlich in englischen Zeitungen unterbrachte.

Als Schriftsteller wurde Roosen zum ersten Mal im Jahre 1914 der großen Öffentlichkeit bekannt. Einige große Bühnen in Deutschland und Österreich erhielten ein anonymes Manuskript eingeleitet, das nur mit drei Sternen gezeichnet war und in den Theateranleihen großen Anhang fand. Eine ganze Reihe von großen Theatern brachte dieses Stück, das den Titel „Das europäische Konzert“ trug, zur Aufführung; als erstes ein Theater in Bremen. Das Stück, das eine sehr treffende Milieuschilderung gab, wurde von „Informierten“ als ein Werk von höchstem bezeichnet. Man hielt also, daß Ferdinand Brincker schon damals einen Vorgänger gefunden hatte. Als das „Konzert“ überall sehr beifällige Aufnahme fand, listete Roosen das Geheimnis seiner Urheberchaft. Der Bekirre machte dem Siegeszug des Roosenstückes ein Ende.

Im Jahre 1922 erschien Roosens zweites Werk „Das letzte Rennen“. Während sein erstes Werk in der internationalen Gesellschaft und Politik spielte, schilderte das andere Zustände im Reichsbetrieb.

Interessant ist, daß auch Dr. Roosens Frau sich schriftstellerisch betätigt und einen feineren aufregenden Roman unter dem Pseudonym Helene Wild veröffentlicht hat. Dr. Roosen praktizierte früher als Anwalt in Hamburg. Seine Spezialität war englisches Recht. Daneben seiner alten Verbindungen und seiner Fähigkeiten verfügte er über eine ausgezeichnete Klientel und erwarb sich ein ansehnliches Vermögen.

Vor etwa einem Jahr hatte Dr. Roosen versucht, seinen großen Finanzplan maßgebenden Streifen näherzubringen. Bei Dr. Luther fand er jedoch kein Gehör. Roosen wollte mit seinem Projekt eine völlige Umwälzung der Gold-

politik erreichen. Es sollte eine Sozialversicherungsbank gegründet werden, die an Stelle des Staates das ganze Sozialversicherungswesen übernehmen sollte. Der Anspruch auf Sozialversicherung sollte nur jenen zukommen, der einen zweijährigen freiwilligen Arbeitsdienst absolviert hat.

Roosens Plan sah ferner die Gründung einer Reichszentralbank vor. Diese sollte eine Binnenwährung schaf-

Statt 60 Hinrichtungen — 32% Jahre Zwangsarbeit

Senfisar, 12. April.

Unter dem Vorhild des Gouverneurs der britischen Kolonie Kenia wurde von dem Verwaltungsrat der Kolonie über die Begnadigung der 60 Eingeborenen verhandelt, die wegen der Ermordung eines „Zauberers“ sämtlich zum Tode verurteilt worden waren. Nach einer sehr erregten Debatte wurde das Urteil für den Mörderführer in drei Jahre, für die übrigen 59 Mörder in je ein halbes Jahr Zwangsarbeit umgewandelt. Diese Entscheidung ist einseitig. Die Umwandlung der Strafe erfolgte auf dem Gnadenwege; die Verurteilung der Angeklagten gegen ihre Verurteilung zum Tode wurde abgewiesen.

Die Tragödie dieses Mordopferes im dunkelsten Ostafrika, die beinahe sämtliche erwachsene Einwohner der Ziedlung an den Galgen gebracht hätte, obwohl ihnen allen das Bewußtsein einer strafbaren Handlung völlig fehlte, ist das Produkt aus dem Zusammenstoß zweier Kulturen, von denen die eine den Geist der Bevölkerung völlig beherrscht, während die andere die Macht in den Händen hat. Für die Wörter war jener Mann, der Zauberer, ein Schädling, der sie alle mit Unheil bedrohte und dessen Vereinfachung ihre Pflicht war. Daß man sie deswegen vor Gericht brachte, ja, sogar zum Tode verurteilte, ging über ihre Begriffsvermögen. Die Folge des Prozesses war denn auch, daß die ganze Kolonie in einen aufwühlenden Zustand versetzt wurde, der auch durch die teilweise Begnadigung nicht ohne weiteres beseitigt sein dürfte und den Engländern noch große Schwierigkeiten machen wird.

Andererseits befanden sich die Engländer selbst in einer keineswegs beneidenswerten Situation. Sie konnten den Verdacht der Hezerei nicht als Motiv für den Mord anerkennen, mußten aber die Einstellung der Eingeborenen als Faktum hinnehmen. Ein schwieriges Dilemma! Schließlich ließen sie ihrem — europäischen — Geiste die formelle Geltung und sprachen die Todesurteile aus und trugen dann

fen, eine Kennenmarke, die zwar kein gesetzliches Zahlungsmittel sein sollte, aber von allen öffentlichen Stellen, wie Finanzämter und der Reichspost, in Empfang genommen werden und auch zur Bezahlung der Beamten dienen.

Roosen entwarf auch das Projekt einer Reichskreditbank, die der Finanzierung des Staates und der Wirtschaft dienen sollte, ferner die Errichtung einer Goldschuldensbank und einer Personalkreditbank, ferner einer Bau- und Siedlungsbank. An der Spitze des Finanzwesens sollte ein Direktorium stehen, das aus dem Präsidenten der Reichszentralbank, der Sozialversicherungsbank und der Reichsbank bestehen sollte.

den totalen Verhältnissen durch die weitgehende Begnadigung bedingte. Bei den 60 Angeklagten und bei der gesamten eingeborenen Bevölkerung überhaupt wird allerdings kaum Verständnis für diese Handhabung des Rechts Verständnis zu finden sein.

Jedem sein Reichspräsident?

Nach der Revolution haben wir eine Reihe von merkwürdigen demokratischen Überlieferungen bekommen, die in der Verfassung und den Ausführungsgesetzen verankert sind. Dazu gehört auch die freie Schlußfrist auf dem Stimmzettel zur Reichspräsidentenwahl. Im Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten ist festgelegt, daß der amtliche Stimmzettel außer der Andeutung des oder der Kandidaten noch einen ähnlichen abgefaßten Raum aufweisen muß, der unbedruckt ist, und in dem jeder, dem die amtlichen Kandidaten nicht zusagen, ganz nach seinem Belieben irgendeine Persönlichkeit namhaft machen kann. Dem Gesetzgeber von 1920 hat dabei vorgegeschrieben, daß Ideal einer völligen Meinungs- und Wahlfreiheit im Stimmzettel für die Reichspräsidentenwahl zu verwirklichen. Das geschah in einer Zeit der Gärung, in der sich auch der Gesetzgeber noch nicht im klaren war über die endgültige Fassung, die die Demokratie einmal in Deutschland erhalten würde. Zum ersten Male ist 1925 nach diesen die Hälfte auf 13 000 zurück. Bei dem Reichspräsidentenwahlgesetz wurde — mit dem Erfolg, daß 25 761 Stimmen sich auf eine große Anzahl von Einzelkandidaten zerstückelten, die sie in dem freien Raum des Stimmzettels benannten. Beim zweiten Wahlgang von 1925 gingen diese Splitterstimmen um die Hälfte auf 13 000 zurück. Beim letzten Reichspräsidentenwahlgesetz vom 13. März betrug die Zahl dieser zerstückelten Stimmen noch 4821. Das ist ein weiterer Fortschritt. Wenn man aber hört, welches Maß von Staatsbürgerlichkeit Unrecht sich in der freien Andeutung der letzten Wahlgänge breitgemacht hat, dann kann man nur wünschen, daß die Zahl dieser Splitterstimmen noch weiter zurückgeht. Merkwürdige Räume und unreiche Menschen haben z. B. in der einmal von einem Abgeordneten als „Annenhof“ bezeichneten freien Spalte als Reichspräsident vorgeschlagen: „Hühner“, „Lüben“, „den Dogen Demphel, Bimeton usw.“ Selbst das in dem Sinne des Gesetzgebers „Ideal einer völligen Meinungs- und Wahlfreiheit“

Wichtig, eine Tafel zu schaffen, die zu anderer Zeit ohne weiteres zu reorganisieren wäre. Nachdem nun doch eine Mehrheit des Landtages hierfür zustande gekommen ist, hatten wir es für notwendig, zu der sachlichen und politischen Seite einige Bemerkungen zu machen. Sachlich liegt der Fall ganz klar. Der bisherige Zustand ist ein Unfug. Was die politische Seite betrifft, so kann es sich, soweit die Zentrumspartei in Frage kommt, selbstverständlich nicht darum handeln, etwa die bisherige Koalition oder das Kabinett Braun in alle Wirklichkeit an der Macht zu erhalten. Das Zentrum lehnt es ab, entsprechende Minderheitsgruppen, noch dazu von radikaler Prägung, zur Macht gelangen und von dieser Macht entgegen der Volks- und Parlamentsmehrheit Gebrauch machen zu lassen. Sie will gerade einen starken Zwang dahin ausüben, daß auch im neuen Landtag eine Mehrheitsregierung unter allen Umständen zustande kommt. Wenn also das Zentrum an der Veränderung mitgewirkt hat, so ist das keine „Opium“ für das Fortbestehen des Kabinetts Braun in der Form eines geschäftsführenden Ministeriums.

Was wird aus Thälmann?

Undant ist der Welt Lohn

Berlin, 12. April.

Das schlechte Stimmenergebnis, das der kommunistische Präsidialkandidat Thälmann am 10. April erzielt hat, wird natürlich in interessierten politischen Kreisen lebhaft besprochen. Unter anderem weist man auf die Tatsache hin, daß in Braunschweig zahlreiche kommunistische Funktionäre aus der Nationalsozialisten übergetreten sind, womit sie praktisch nur über Unabhängigkeit folgten, die ja bereits am 10. April zu einem nicht unbeträchtlichen Teil für Hitler eingetreten ist. Der Einbruch in die marxistische Front ist somit Hitler tatsächlich geflüht. Auch in Mostau hat man das offenbar erkannt. Die Verurteilung, die die Sowjetpresse dem Ausgang der Präsidentschaftswahl angedeihen läßt, spricht sehr unerbötlich von einem Mißerfolg und einer Schlappe der KPD. Zuverlässig wird weiter berichtet, daß der rote Reichsgeneral Thälmann in Mostau keineswegs mehr Persona grata sei. Gerichtsweise verlautet endlich, daß die kommunistische Internationale Thälmann in aller Form fallen lassen will, um möglichst noch bis zu den Präfekturwahlen eine andere Persönlichkeit — getroffen wird von Heinz Neumann — an die Spitze der kommunistischen Partei in Deutschland zu stellen. Den Verfall des internationalen Kommunismus im Reich würde freilich auch ein solches „Revirement“ nicht aufhalten können.

Einbruch beim Kriminalrat Gennat

Cripantisse der Wirtschaftlerin gestohlen

Berlin, 12. April.

Beim Kriminalrat Gennat, einem der bekanntesten Kriminalisten von Deutschland, der an allen großen Verbrechen der letzten Jahre, besonders auch an Kürrens Verfolgung während beteiligt war, wurde vorgestern nacht ein beispiellos großer Einbruch verübt. Sowohl Gennat als auch seine Wirtschaftlerin befinden sich nicht zu Hause, was auf eine ungeläufige Weise den Einbrechern zu Ohren gekommen war. Diese drangen mit Leichtfertigkeit in die unbewachte Wohnung ein und hatten genug Zeit, um sie, auf der Suche nach Geld und Wertgegenständen, buchstäblich auf den Kopf zu stellen. Da sie in den Räumen des Kriminalrats Gennat nichts Kennzeichnendes fanden, drangen sie auch in das Zimmer der Wirtschaftlerin ein, wo sie in einer Schatulle 700 Mark fanden. Die alte Frau hatte dieses Geld seit Jahren gespart, um damit ihren bevorstehenden Unterhalt in einem Altersheim bestreiten zu können. Außerdem nahmen die Einbrecher eine goldene Brosche und eine Erinnerungsmedaille mit dem Kopf der verstorbenen Kaiserin mit. Sie entkamen unbehindert. Kriminalrat Gennat hat für die Rückgabe der gestohlenen Gegenstände eine Belohnung ausgesetzt.

Der Wasserbundsrat verhandelte am Dienstag über die Hilfsaktion für die Donauanrainer und versahob die weitere Behandlung der Angelegenheit, ohne Beschüsse zu fassen, auf die Weiterung. Anwesenden sollen die vier Großmächte die Frage weiter bearbeiten.

Staatssekretär Stinson wird voraussichtlich bereits am Freitag in Paris eintreffen.

Nach einer Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes hat Innenminister Cvering Verurteilung gegen die einflussreiche Verfügung gegen Wocke eingeleitet und eine Disziplinierung der Richter beim Justizminister angeregt.

Der Brandstifter Karl Streder geflohen?



Karl Streder,

der bekannte Berliner Kritiker und Schriftsteller, der im Herbst letzten Jahres die von ihm benannte Villa in Brand steckte, um sich in den Besitz der Versicherungssumme zu setzen, und dafür zu einem Jahr Zuchthaus verurteilt worden war, ist jetzt verschwunden. Das Reichsgericht hatte erst vor wenigen Tagen das Urteil aufgehoben und die Sache an die Vorinstanz zurückverwiesen. Bei der Abzung zur Revisionsverhandlung wurde seine Flucht entdeckt und der Antrag auf Erlass eines neuen Steckbriefs gestellt.

Kommt ein einseitiges Verbot?

(Versprechendienst unserer Berliner Schriftleitung)

Dr. H. Berlin, 13. April.

Die Gerüchte über ein unmittelbares bevorstehendes Reichsverbot der SA- und SS-Organisationen der NSDAP, haben sich inzwischen verbreitet. Auch das Reichskabinett hat sich gestern bis in die späten Nachstunden hinein mit dieser Frage beschäftigt. Ursprünglich war man sich eins darüber gewesen, am heutigen Mittwoch durch Ministerordnung laut Artikel 48 die gesamte SA und SS zu verbieten. Neuerdings aber sind, wie wir hören, starke Bedenken gerade auch aus Kreisen der politischen Mitte gegen eine solche Maßnahme laut geworden, da man dort von ihr nur einen neuen Auftrieb für die NSDAP erwartet. Die amtlichen Stellen derweilerten gehen abend und in den Nachstunden jede Auskunft über die Absichten der Regierung. Die letzte Entscheidung scheint auch noch nicht gefallen zu sein, und es liegt nahe, daß die Reichsregierung zunächst noch einmal mit den Vertretern der Länderregierungen Rücksprache nimmt, um mit ihnen die Folgen eines Generalverbots eingehend durchzusprechen.

Der ursprüngliche Plan, durch eine besondere staatliche und polizeiliche Überwachungs- oder Wehrverbände scharfe Anordnungen auszugeben, scheint inzwischen wieder fallen gelassen zu sein. Diese Überwachungs sollte in die Hände der unteren Polizeigeorgien gelegt werden, und es war wohl daran gedacht, Maßnahmen der SA- und SS-Abteilungen

in Einzelfällen zu verbieten, wenn sie nach Auffassung bestimmter Stellen der preussischen oder der Reichsregierung nicht mit den bestehenden Gesetzen zu vereinbaren sein würden. Auch der zweite, gestern von uns erwähnte Plan eines Generalverbots aller Wehrverbände, einschließlich des Reichsbanners, ist an dem Widerspruch der Sozialdemokraten gescheitert. Ein Verbot lediglich der SA und SS würde also eine ausgesprochen einseitige Kampfmaßnahme gegen die NSDAP bedeuten, vor der auch wir auf das entschiedenste warnen.

Sittler zu den Gerichten über die Auslösung der SA.
London, 13. April.
(Drahtloser Eigenbericht)

In einer Unterredung mit dem Berliner Mitarbeiter des „Daily Express“ sagte Sittler: „Wenn die Regierung meine SA auflösen sollte, dann würde sie mich der Verantwortlichkeit für diese Entscheidung. Ich würde dann die 400.000 Mann nicht mehr, wie bisher, unter meiner Kontrolle haben und könnte nicht dafür verantwortlich gemacht werden, was sie im Einzelfalle tun werden.“ Als der Korrespondent bei einer anderen Gelegenheit Sittler fragte, was er tun wolle, wenn die nationalsozialistischen Organisationen aufgelöst würden, antwortete Sittler: „Sagen Sie ruhig die Auflösung der Organisationen erklären, Sie meinen meinen Leuten nicht die Köpfe abzuschneiden, so lange die aber Fersen und Köpfe haben, werden sie mir ergeben sein.“

Männer mit kalten Schultern

Eugenberg und Goebbels

Hannover, 12. April.

In der großen Kundgebung in der hiesigen Stadthalle führte Eugenberg u. a. aus:

Es kommt jetzt nicht mehr darauf an, ob jemand für Hitler oder Hindenburg gestimmt hat. Klar steht das Ziel der Preukampagne vor uns: Deutschnationale und Nationalsozialisten müssen die Mehrheit des Preussischen Landtages erreichen. Nur das gewährleistet, daß ohne Umfug und Unruhe die nationale Idee und die wirtschaftliche Vernunft zur Herrschaft gelangen.

Die Gefahr dafür, daß neben der nationalen Idee, die über alles geht, die wirtschaftliche Vernunft in Deutschland herrschen wird, können nur wir Deutschen beseitigen. Dazu müssen wir hart werden.

Auch in dem Berliner NSDAP-Organ, dem „Angriff“ (vom 11. April) wird bei Besprechung des Wahlkampfes die Erörterung über die Einstellung innerhalb der nationalen Opposition fortgesetzt. Dabei zieht Dr. Goebbels, der Berliner Gau führer, in recht scharfer Weise gegen die früheren Parteibürger Bundesgenossen vom Leber, indem er folgendes schreibt:

„Und was sagt der Geheime Rat Eugenberg, was sagen die politischen Strategen des Stahlhelm? Sie werden nicht müde, zu erklären, daß sie sich niemals einer nationalsozialistischen Parteiandidatur beugen wollen. Ihre Presse beobachtet während der entscheidenden Wahlwoche ein aufreißendes und unamerabätschliches Schweigen. Sie behandelte uns über die kalte Schulter. Und ihre Partei, die vor lauter Köpfen nicht weiß, wohin und woher, schaute mit Schmach nach dem nationalen Einheitskandidaten aus. Ihre Wähler haben ihn ihr gezeigt. Sie sind über die verantwortungslosste Parole der passiven Resistenz zur Tagesordnung übergegangen. Ein Teil von ihnen, der eigentlich bei Dingeldey zu Hause ist, ließ zu Hindenburg, aber die weitaus überwiegende Mehrzahl gab dem Kandidaten der nationalen Opposition, Adolf Hitler, ihre Stimme. Unser herzliches Beileid! Es mocht den Wählern, aus hätte Herr Eugenberg eine Partei gehabt, und als befähigte für den Stahlhelm alle Verantwortung, sich nunmehr mit dem Problem der Auffstellung von Führerkompanien zu beschäftigen.“

Lezte Radiomeldungen

Erforschungsflug über den Descalegado — Nachlassen des Regenens über Südamerika

Buenos Aires, 13. April.

Der Regenregen war am Dienstagabend über dem südlichen Gebiet in mehr als 1000 Meilen Höhe ein baldiges Ausbrechen der Vulkanansbrüche. Die meisten Erforschungsflieger, die von der südlichen Regierung nach dem Vulkangebiet entsandt worden waren, mußten wegen der unüberwindlichen, von dichten Wolkenschichten und gefährlichen Stürmen erfüllten Luft wieder umkehren. Nur einem Flieger gelang es, weiter vorzudringen. Er landete bei Descalegado Grande und den Descalegado Chico überflogen. Aus seiner Schilderung geht hervor, daß sich in den Kratern alle kalte Minute furchtbare Explosionen ereignen, Tonnenschwere Felsblöcke werden hoch in die Luft geschleudert, was sie in kleine Teile zerbrechen. Dazwischen schießen grelle Lichtflammen aus den Kratern hervor, die durch die ausströmenden Gase in allen Farben des Regenbogens gefärbt waren. Der Himmel war dunkelrot. Der Vulkanvorhang wanderte langsam nach Norden ab. In drei Städten wurden die Elektrizitätswerke stillgelegt.

Die argentinische Regierung hat verschiedene Hilfsflüge mit Arzneimiteln und Sanverfahranlagen in das Unglücksgebiet entsandt. Die Flüge müssen jedoch bald die Weiterfahrt aufgeben, da die Luft von giftigen Gasen verpestet ist. Die großen Viehherden auf den Wäldern sind günstig außer Kontrolle geraten. Die Tiere laufen in wildem Schreien über die Steppe. Das Wasser mehrerer Flüsse ist untrinkbar geworden.

Vulkanausbrüche plötzlich nachgelassen

Buenos Aires, 12. April.

Die Vulkanausbrüche haben plötzlich nachgelassen. Die Seismologen befürchten gerade insolge die plötzlichen Verminderung ein noch härteres Einsetzen der Vulkantätigkeit. Der Stadtverkehr in Buenos Aires liegt völlig darnieder. Das ganze Land hat insolge des Regenens ein winterliches Aussehen angenommen. Die Vierge befürchten den Ausbruch von Epidemien unter den Flüchtlingen. Durch starke Schneefälle und dichten Rauch wurden die nach dem Erdbebengebiet entsandten Beobachtungsflugzeuge zum Rückflug gezwungen.

„Graf Zeppelin“ von seiner zweiten Südamerikafahrt zurückgekehrt

Friedrichshafen, 13. April.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“ traf heute früh kurz nach 8 Uhr von seiner Südamerikafahrt über Friedrichshafen ein. Um 8.22 Uhr erfolgte die Landung glatt.

„Times“ mokiert sich über die preussische Angst

London, 13. April.

Zu dem Beschluß des Preussischen Landtages, daß der preussische Ministerpräsident mit absoluter Mehrheit gewählt werden muß, heißt es in der „Times“: Diese Vermählungen in letzter Minute zeigen das Ausmaß der Angst bei den Regierungsparteien. Sie wissen, daß sie tatsächlich keine Aussicht haben, mit ihrer gegenwärtigen Mehrheit wieder in den Landtag zurückzuführen. Sie befürchteten nun, daß die Nationalsozialisten und ihre Verbündeten mit Unterstützung der Kommunisten noch den Wahlen die Regierung bilden und den neuen Ministerpräsidenten mit einfacher Mehrheit wählen würden.

Die Staatspartei sowie die „Nationale Front deutscher Städte“ haben zur Präfekturwahl ihre Wahlaufrufe erlassen. Die Staatspartei trat außerdem mit einer Kundgebung in den Landtagswahlkampf ein, während Graf Zeppelin in einer Pressebesprechung das Programm der „Nationalen Front deutscher Städte“ entwarf.

Der Führer der Deutschen Volkspartei, Dingeldey, sprach am Dienstag in einer großen Wahlkundgebung im Breslauer Konzerthaus.

Der Zentrumskoordinator des Preussischen Landtages von Papen erklärte, daß er an der Abstimmung in Preussischen Landtag nicht teilgenommen habe, da ihm das Vorgehen der Weimarer Koalition als ein unmögliches Manöver erschienen sei.

Der deutschnationale Abgeordnete Klein ist zur NSDAP übergetreten.

Reichsbaupräsident Dr. Ruther sprach in Nürnberg über Währungsfragen, wobei er nachdrücklich für die Goldwährung eintrat und alle Antarkreption ablehnte.

Millionenfragen auf eine Familie

Eine 30-Millionen-Erbschaft aus Australien fällt zum Teil nach Adelaide, wo ein Gellif Gulland Emil Schöne insgesamt 4 Millionen der Reichsmark erhalten wird. Schöne ist Feldzeugmeister, mochte bis Anfang 1932 in Eisenburg und ist jetzt nach Leipzig verzogen. Es handelt sich um das Vermögen von Verwandten des Schöne, das in der Gesamtsumme von 320 Millionen in Australien zurückgelassen wurde. Schöne hat noch fünf Geschwister, die wie die übrigen in Betradt kommenden Verwandten 14 Millionen Reichsmark erben. Ein Teil der Erben ist fast längerer Zeit in Werbeslos gewesen. Schöne war längere Zeit Hausmeister bei einem Arzt in Neßfeld, Kreis Sorgau. Er ist 47 Jahre alt.

Unberühmter Professor ermordet

Der Unberühmterprofessor und Oberberufshilfe Dr. Gustav Alexander wurde in Wien auf offener Straße von einem Mann durch drei Schüsse in das Herz getötet. Der Täter, ein Schneidergeselle, Soulof, wurde überführt und der Polizei übergeben. Soulof gab bei seiner Vernehmung auf der Polizei an, daß er bereits im Jahre 1910 ein Attentat auf Prof. Alexander verübt habe. Prof. Alexander habe damals seine Sattelnäse so ungeschickt operiert, daß er wegen seiner Hässlichkeit keine Stellung haben finden konnte. Da sein Schwaderner-Anspruch nicht anerkannt worden sei, habe er das Attentat damals verübt. Soulof erhielt eine Freiheitsstrafe und wurde aus Österreich ausgewiesen. Seitdem litt Soulof, der inzwischen zweimal im Zirkenshaus war, unter der Wohnverteilung, von Alexander verfolgt zu werden.

Aufgefärrter Mord

Der Ködner Arzt Dr. Rubensohn war vorigen Donnerstags in seiner Wohnung ermordet aufgefunden worden. Nachdem vorübergehend sein Sohn als der Tat verdächtig festgenommen worden war, sind jetzt als wirkliche Täter ein 33-jähriger Dreher und ein 47-jähriger Arbeiter festgenommen worden. Der Dreher hatte ein Verhältnis mit einem jungen Mädchen, das später die Frau des 73-jährigen Arztes wurde. Durch dieses Mädchen über die häßlichen Verhältnisse des Arztes unterrichtet, beschloßen die beiden Arbeiter einen Einbruch, der aber bereits während der anderen gleichzeitig die Wohnung durchsuchen wollte. Der Arzt, der vermurlicht Wiederstand leistete, wurde getötet und getötet. Es scheint, daß die Verbrecher nicht die Absicht hatten, den Arzt zu töten.

1. Beilage

zu Nr. 100 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, dem 13. April 1932

Aus Stadt und Land

* Oldenburg, 13. April 1932

Landestheater

Aus dem Theaterbüro wird uns geschrieben:

Zwei Operettenvorstellungen bei kleinen Preisen
Am Sonntag, dem 17. April, finden zwei Operettenvorstellungen bei kleinen Preisen von 50 Pf. bis 2,50 Mk. statt. Nachmittags um 3 1/2 Uhr geht der große Schlager „Die Blume von Hawaii“ in der entzückenden Aufführung in Szene, und abends um 7 1/2 Uhr gelangt Falls reizvolle Bauernoperette „Der fidele Bauer“ zur Wiederholung.
Genie, Oldenburg, wird nachmittags um 3 1/2 Uhr für das Auswärtigenrecht „Der fidele Bauer“ gegeben; abends um 7 1/2 Uhr findet eine Wiederholung des neuen Hinrichs „Nur eine Marci“ statt. Dieses Schauspiel des Oldenburger Dichters hatte nach der Uraufführung einen großen Publikumserfolg aufzuweisen.
Morgen, Donnerstag, den 14. April, wird Bizets „Carmen“ wiederholt.

Gruppe IV der Notgemeinschaft erhält am Sonnabend, dem 16. April, Bühnens „Leonce und Lena“.
Erna Schüller vom Opernhaus Düsseldorf gastiert am Sonntag, dem 24. April, als Amelia in Verdis „Masfencalla“.

Landesorchester

Das Landesorchester wird uns geschrieben:

Außerordentliches Konzert

am Montag, dem 18. April, abends 7 1/2 Uhr, im Landestheater.
Programm: Foch: Kleine Theater-Suite, Hindemith: Konzertstück für Klavier, Blechbläser und Harfen, Schachtelowsky: 6. Symphonie (pastorale). Solist Udo Dammert.
Preise 1 Mk. bis 3 Mk. Der Vorverkauf an der Landesbühnenkasse hat begonnen.

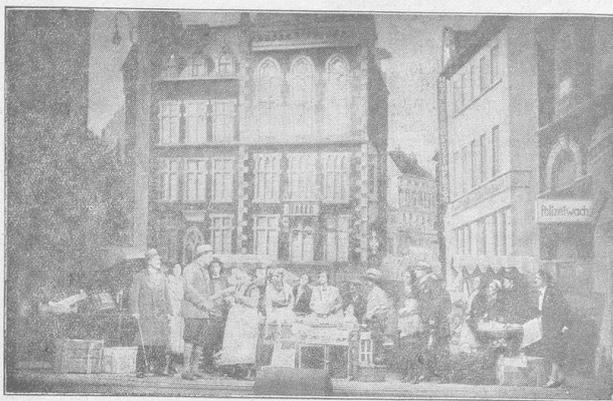
Wohltätigkeitskonzert des „Niedertranz“

Zu seinem Konzert zum Besten der Serberge zur Heimat und des Altmännerheims am 17. April singt der „Niedertranz“ zu Beginn drei Männerchöre von Kreuzer, Hegar und Trund. Kreuzers Chor „Die Erde ruht“ ist ein weniger bekanntes stimmungsvolles Abendlied, das trotz seiner Einfachheit mit zu den besten Chören der romantischen Schule gehört. Das Chorlied „Morgen im Walde“ von Hegar, der durch seine großen Choralbasspartien bekannt ist, und das kurze, durch seine Frische äußerst wirksame „Mein Wald, meine Heimat“ von Trund sind gern gesehene Chöre aus neuerer Zeit. Dieser Niedertranz folgt ein Streichquartett in C-Dur von Hobdn, der jetzt anlässlich der 200. Wiederkehr seines Geburtstages allenthalben gefeiert wird. Zwei größere Werke für Violoncello, Violine und Klavier bilden den Mittelpunkt des Programms: „Landerkennung“ von Grieg, ein Werk höchsten Anspruchs, und „Normannenzug“ von Busch. Solches herrliche Streichquartett werden immer wieder gern gehört und sind Berlin in dem reichen Schatz an Kammermusik, den uns Hobdn geschenkt hat. Zum Schluss des Abends singt der „Niedertranz“ eine Gruppe von Volksliedern. Er bekennt sich damit zu einer der größten und wichtigsten Aufgaben, die dem deutschen Männergesang gestellt sind. In unseren Volksliedern liegen die Keimzellen unserer musikalischen Kultur, in ihrer Pflege erblicken unsere Männerchöre ihre Pflicht zur Mitarbeit an der Erhaltung und Stärkung unseres gesunden Volkstums. So will auch der „Niedertranz“ durch seine Darbietungen Zeugnis geben davon, daß er seiner Aufgabe bewußt ist, mit Hüter und Wächter echten deutschen Wesens zu sein. Wöchentlich recht viele freundliche Hörer ihm die Freundschaft dazu erhalten lassen.

Aus dem Landtage

Eine Landtagsdebatte der Neuhäuserbewohner

Die immer drückender werdende Not der Neuhäuserbewohner und das bisherige Ergebnis unserer Verhandlungen mit dem Ministerium zur Schaffung von Erleichterungen zwingt uns, den Landtag dringend um Hilfe zu bitten. Die Werte der Verrentung hat dem Mietausschreiber eine Erleichterung in Höhe von 10 Prozent der Zinseszinsen gebracht. Der Neuhäuserbewohner, der in Oldenburg wegen der hohen Bauarbeitszinsen und wegen des Fehlens jeglicher Steuervergünstigung 200 bis 400 Prozent der Zinseszinsen für seine Wohnung aufzuwenden hat, ist infolge der Bestimmung, daß für ihn die vorgegebene Zinsfußung alleine für die Entlastung des Wohnungsaufwandes maßgebend ist, stark beschwert. Die sich aus der Zinsfußung ergebenden Beträge erreichen oft nicht einmal die Wohnungsversteuer, die als neue Belastung hinzugekommen ist. Als sofortige Maßnahme zur Erleichterung unserer Lage, die fast überall so weit gehen ist, daß nicht nur die investierten Ertragsrisse restlos verloren sind, sondern die Zwangsversteigerung — in unmittelbarer Nähe droht, fordern wir Befreiung von der Wohnungsversteuer und allen ähnlichen Abgaben, die auf die Wohnräume auf-



„Nur eine Marci“

Das neue, hier Donnerstag uraufgeführte Schauspiel von August Hinrichs. Inszenierung von Hellmuth Göhe. Bühnenbilder von Ernst Ruxer. Erstes Bild: Der Oldenburger Marktplatz.

gebaut sind. Ferner die Entlastung der Bauarbeitszinsen auf 1 Prozent, wie dieses in Preußen der Fall ist. Die Mittel hierfür liegen den Ländern und Gemeinden infolge der Zinsentlastung der Anleihebesitzer zur Verfügung.

Der Vorstand.

ges. G. Ernst, ges. Dr. Purnhagen.

Landesmuseum

Unter den Renaissancebildern der alten Galerie des Landesmuseums verdient die Madonna mit den Kirchsüßchen eine besondere Beachtung. Wer sich über die Bedeutung des Bildes im Gesamtwerk des Malers unterrichten will, findet reiches Material in dem 1931 erschienenen IX. Bande der „Niederländischen Malerei“ von Max J. Friedländer. Der früher unter dem Namen „Meister des Martendates“ bekannte Maler ist in seinen Beziehungen zum oberitalienischen, französischen und deutschen Kunstleben eine der interessantesten Persönlichkeiten der niederländischen Malerei des 16. Jahrhunderts. Das Buch liegt im Lesezimmer des Museums aus, das am Dienstag von 11—13, Mittwoch von 15—18 und 20—22, Sonnabend von 15—18 und Sonntag von 11—13 Uhr geöffnet ist.

Zur Bildung einer städtischen Notgemeinschaft

Vorhandlung des Gemeinde- und Handelsvereins
Auf einer erweiterten Vorstandssitzung des Gemeinde- und Handelsvereins fanden zwei außerordentlich wichtige Fragen zur Debatte. Es handelte sich zunächst darum, die von verschiedenen Seiten anregte Bildung einer städtischen Notgemeinschaft des Handels, Gewerbes und Handwerks zu besprechen. Zu lebhafter Debatte wurde festgelegt, daß die Lage der städtischen wirtschaftlichen Kreise außerordentlich schwierig geworden sei. Wiederholt wurde darauf hingewiesen, daß etwaige Steuererhöhungen zu einem Zusammenbruch führen müßten. Es wurde aber auch verschiedentlich betont, daß die Erhaltung der Selbstständigkeit Oldenburgs, die nicht zuletzt vom Eingang der Steuern abhängig sei, gesichert bleiben müsse. So wurde dann nach längerer Aussprache beschlossen, zunächst von der Bildung einer Notgemeinschaft abzusehen, jedoch würde der engere Vorstand angewiesen, mit den Behörden über Erleichterungen zu verhandeln und darauf hinzuwirken, daß die Lage außerordentlich ernst ist. Zu Punkt 2 der Tagesordnung wurden die Ausführungen des Präsidenten der Landwirtschaftskammer, Hohenböden, besprochen. Beim Vorwurf gegen die Stadt Oldenburg in ihrer Gesamtheit erhoben werden, müßten sie zurückgewiesen werden. Es wurde betont, daß aus den Kreisen des oldenburgischen Handels und Gewerbes sich niemand an den bekannten Verteilerungen beteiligen hätte. Der Gemeinde- und Handelsverein hält es darüber hinaus für selbstverständlich, daß auch in Zukunft seine Mitglieder sich von ferneren Verteilerungen fernhalten.

* Nach der 2. Verordnung zur Durchführung der Verordnung des Reichspräsidenten über die Anmeldung von Zahlungsverpflichtungen gegenüber dem Ausland am 30. März 1932 haben bis zum 14. April 1932 alle Schuld-

ner ausländischer Gläubiger ihre Zahlungsverpflichtungen, seien es Kapital-, seien es Zinsschulden, bei der Anmeldung für Auslandschulden in Berlin anzumelden, sofern die Schuld mehr als 5000 RM im Nennwert oder Gegenwert erreichte. Auch Hypothekenschulden sowie Zinsverpflichtungen dem Ausland gegenüber sind auf Grund der vorbezeichneten Verordnung anmeldspflichtig.

* Im Bezirk des Landesarbeitsamts Niedertranz ist nach den letzten Feststellungen bis Anfang dieses Monats gegenüber der jahreszeitlichen Verschlechterung erstmalig ein Umschwung zur Besserung eingetreten. Die Gesamtzahl der Arbeitsuchenden ist um 8960 auf 356118 gesunken. Die Zahl der Wohlfahrtsberufsbefragten beträgt 102045. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Arbeitslosenversicherung ist auf 97712 zurückgegangen, während die Ziffer der Arbeitsunterstützten auf 119285 gestiegen ist. Die verhältnismäßig geringfügige Entlastung, die sich in der Hauptsache auf die Außenberufe erstreckt, ist in fast sämtlichen Arbeitsamts-Bezirken gleichmäßig eingetreten. Für das Vorgehende, das als Schlüsselgewerbe anzusehen ist, sind nur an wenigen Plätzen Anzeichen einer Besserung zu erkennen. In der Hauptsache gelangten nur Reparaturarbeiten zur Ausführung. In der Landwirtschaft machte sich infolge der beginnenden Frühjahrsarbeiten eine leichte Besserung bemerkbar.

* Gertha Heinicke wird am Donnerstag, dem 21. April, im Frankfurter und Stuttgarter Sender die Uraufführung der Kraft-Lieder (mit Begleitung mehrerer Instrumente) von Anton Webern unter der Leitung des Komponisten singen. Im gleichen Konzert wird Winfried Illig selbst seine Serenade Nr. 3 für Klavier spielen. Das äußerst virtuose Stück, das jedoch in Berlin uraufgeführt wurde, wird auf den Erfolg der Uraufführung hin in aller nächster Zeit im Berliner Sende zu hören sein. Gleichzeitig sei nochmals auf das am Sonnabend stattfindende Konzert hingewiesen, in dem die beiden Künstler zusammen mit Willy Heinemann, dem Soloflötisten unseres Landesorchesters, ein äußerst interessantes, vielseitiges Programm bringen.

* Vorbereitungen für die Ausstellung der DVG in Mannheim. Der Oldenburger Schweinezuchtverband teilt uns mit: Am Freitag hält der Oldenburger Schweinezuchtverband in der Reichshalle in Bern die endgültige Auswahl der für die diesjährige DVG-Ausstellung in Mannheim im bestimmten Tiere ab. Von den etwa 60 aus allen Bezirken des Verbandes ausgewählten Tieren werden 20 bis 25 Schweine in Mannheim ausgespielt. Außerdem konfirmiert der Verband mit zwei Einzeltieranmeldungen und in der großen Sammlung: Züchtervereinigungen über 1000 eingetragene Tiere. Die Veranstaltung beginnt um 9 Uhr und befristet seiner großen Bedeutung gemäß, ein wertvolles züchterliches Ereignis zu werden, das für die Züchter des vereinigten Landes Schweine von großer Interesse ist.

* Oldenburgisches Gesellschaft vom 7. April 1932 enthält: Bekanntmachung des Staatsministeriums vom 15. März 1932, betreffend Abänderung der Bekanntmachung des Staatsministeriums, betreffend die Genehmigung und Unterordnung von Dampfzügen, vom 3. Oktober 1910. — Verordnung des Staatsministeriums vom 22. März 1932 zur Abänderung der Verordnung des Staatsministeriums vom 28. Juni 1930 über den Schutz von Tieren und Pflanzen.

Wenn es Zuträfe

daß 3 1/2 Pfg.-Zigaretten den Raucher nicht befriedigen — weshalb sind dann 50% aller in Deutschland gerauchten Zigaretten 3 1/2 Pfg.-Marken? Und weshalb ist jede vierte 3 1/2 Pfg.-Zigarette mit Gold eine **CLUB**



Dracht wurde auch die durch das Auscheiden des Herrn Müller aus dem Magistrat erforderliche Wahl eines Ratsherrn, hoch betont, daß diese Wahl lediglich Sache des Stadtrats ist.

Der Schiffverkehr der letzten Woche war überaus gut. Es liefen in der letzten Woche fünf Dampfer und vier Motorsegler Bräse an. Der englische Dampfer „Llanryh“ kam von Bahia Blanca und löschte 7000 To. Getreide, 300 Tonnen Heu und 100 To. Weizen. Der Dampfer hat in Bräse geladet und ist dann nach England gedampft. Der englische Dampfer „Sancaster Castle“ (30239 NRT) kam mit 2000 To. Getreide und 2500 To. Masthorn von Galesien. Der Dampfer löschte hier die ganze Ladung. Der englische Dampfer „Remorvagh“ kam von Nicolaiten und löschte hier keine volle Ladung Getreide. Er brachte 3200 To. Getreide und 3700 To. Mais. Der Dampfer wird ein Tod aufliegen, da er bei seiner Fahrt durch das Schwarze Meer sehr stark mit dem Eise zu kämpfen hatte und am Haupt wahrscheinlich beschädigt wurde. Der Verlauf von Getreide war auch sehr stark. Lange hat man in Bräse nicht soviel einen Umschlag von Getreide gehabt. Kaufende Tonnen von Getreide wurden nach Bremen und nach der Nordsee verschifft. Nach Dänemark wurden auch mehrere tausend Tonnen Mais verschifft. Mein in der letzten Woche löschten folgende Schiffe für Dänemark: „Hoffnung“ 200 To., „Magda“ 100 To., „Star“ 150 To., „Marie“ 150 To., „Borvitz“ 150 To., „Zeppelin I“ 150 To., „Gied“ 150 To., „Roland“ 200 To., „Weyer“ 200 To., „Gied“ 200 To., „Gefährlich“ 200 To., „Luna“ 150 To., „Fortuna“ 200 To., „Gretchen“ 100 To., „Rute Bergmann“ 400 To. und der Motorsegler „Borwartz“ 100 To. Im Bräse Hafen war kein Schiffsverkehr zu verzeichnen. Es liegen einige Vagabunden mit Getreide zur Lagerung in den Häfen. Der Motorsegler „Johanna“ hat noch immer angelegt. Am Vier der letzten Woche lag der Dampfer „Wachus“ von Norwegen. Der große norwegische Dampfer „Rigis“ kam mit Trau direkt vom südländischen Ozean. Der Dampfer hat erst an der Bräse Vier angelegt und soll hier auch einige Zeit liegen bleiben. — Gemeindefür für Bräse bis jetzt ein Dampfer: „Eifel Radfahrer“ (engl. 3456 NRT) kommt von Bahia Blanca und wird hier seine volle Ladung Getreide von 7500 To. löschen.

Abbauhausen.

Gemeinderat Abbauhausen. Unter dem Vorsitz des Gemeindevorsethers T. Angen-Schwärden verhandelte der Gemeinderat über folgende Angelegenheiten: Der erste Punkt betraf die vom Ministerium geforderte obermalige Erhöhung der Bürgersteuer in diesem Zusammenhang bestimmte der Gemeinde in den Reichsanstalten des Staates fließen sollen. Dieser Punkt rief eine lebhafteste Debatte und Kritik hervor, auf beiden Seiten wurde die erneute Bürgersteuer als untragbar abgelehnt, besonders aber die Forderung der Abführung der 50 Pf. an die Staatskasse. Da aber eine Abführung keinen Zweck hat, fand der Antrag Zustimmung, beim Staate um die Abführung der 50-Pf.-Abführung, die für die Gemeinde etwa 1400 RM ankommt, zu erlösen. In diesem Zusammenhang bestimmte der Gemeindevorsetz, daß die Gemeinde am Ende ihrer Geldmittel angelangt sei und sie mit schwerer Sorge der Zukunft entgegenzusehen. Zwar hat sie die finanzielle Ermüdung erduldet, in Kürze die Erhöhung der Realsteuer zu beschließen, doch können kaum die anderen Steuern herein. Punkt 2 betraf die Verpachtung der Armenländerereien, die wegen des geringen Gebots der Bieter bislang noch ausgesetzt wurde. Die Gemeinde ist bereit, den Bieter statt des geforderten 50prozentigen Erlasses einen solchen von 33 1/2 % einzuräumen. Für die notwendigen Reparaturen an den Schulgebäuden sind 4000 RM erforderlich, die bewilligt wurden. Der Antrag des Gewerbesteuerausschusses um Bewilligung eines Anlagens-Kontostellens wurde angelehnt, der ernsten Finanzlage absehend, dessen Vollzug verweigert, mit einem heiligen Bänder um Bewilligung zu verhandeln. Schließlich wurde der Unfallversicherung sämtlicher Schulfinder der Gemeinde bei der staatlichen Versicherung genehmigt.

Noordenham.

Die langsame Auszahlung der Schrebergelder. Ende voriger Woche konnte die Stadt das zweite Drittel der Märzabgabe der Beamten und des dritten Drittels der Aprilabgabe, so fehlen also noch das letzte Drittel vom März, ferner das erste und nun auch das zweite des April.

Burghave.

Der Totschlag in Burghave. Wie von der Gendarmerei mitgeteilt wird, ist die Täterin des am Wochentage bei Burghave verübten Totschlags an dem Angeklagten und SPD-Mitgliede Pauls aus Einswarden immer noch in Dunkel gehüllt. Am Montag wollte Generalsstaatsanwalt Nießelich die Verhandlung zur Aufnahme des Testaments in Aufhängen. Wäre es nicht noch nicht ermittelt werden. Die sofort bei den Nationalsozialisten vorgenommenen Untersuchungen nach Waffen ergaben keinen Fund. Am Laufe des Montags kam es vor dem Arbeitsamt an der Friedrich-Ebert-Straße zu Kämpfelein, die ihren Grund in der vom Wahltage herrührenden politischen Erregung haben sollen. Es wurden zwei bekannte Nationalsozialisten von Vertretern der Einheitsparteien ohne ersichtlichen Grund vom Made gerissen und ernstlich verletzt, so daß sie sich in polizeilichen und ärztlichen Schutz begeben mußten. Ein zum behauerlichen Vorfalle in Burghave wird noch mitgeteilt, daß schon vor dem Totschlag beim Wahllokal eine ernste Prügelei stattfand, die aber noch längt nicht die Heranziehung der 130 Einswarder Mitglieder der Einheitsfront begründete. Sie wurde vom diensthabenden Burghaver Gendarm unterdrückt; er forderte die Anwesenden auf, Burghave zu verlassen. Auf diesen Aufruf erfolgte das Unglück. Erwähnenswert ist, daß von den Einswardern ein Täter auf der andern Seite wieder genannt noch beschrieben werden konnte.

Die Obduktion beschäftigt nicht, wie die Wirt. Ztg. schreibt, die von der Leitung der Einheitsfront im „Wohlfahrt“ aufgestellte Behauptung, daß auf den Niedergeschlagenen, als er am Boden lag, noch in brutaler Weise eingeschlagen worden sei. Eine Besichtigung des Totkörpers nahm der Generalsstaatsanwalt nicht vor, da es sich nach Lage der Dinge nicht um einen Mord, sondern um einen Totschlag im Verlaufe eines Tumults handelte.

Fever.

In Schuhstadt genommen wurde hier nachts ein Mann, der sich längere Zeit in einer hiesigen Wirtschaft aufgehalten hatte und trotz wiederholter Aufforderung durch den Wirt auch in vorgeschriebener Stunde das Lokal nicht verlassen wollte. Er schrie wüthend und erklärte, sich das Leben nehmen zu wollen. Bei seiner Verhaftung fand man auch einen Revolver in seinem Besitz. Wie später festgestellt worden ist, handelt es sich um einen Postbeamten aus der Umgegend, der plötzlich seinen Dienst verlassen hat. Wie verlautet, soll der Beamte von seinem Vorgesetzten wegen verschiedener Vorformnisse im Dienst zur Rede gestellt worden sein.

Logischschwinder. In mehreren Fällen sind hier Vermietern von auswärts Logischschwinder in die Wohnung des Logischschwinder geprellt worden. Die Mieter geben an, als Vertreter tätig zu sein und leben auf großem Fuße. Die Bezahlung ihrer fälligen Logischschulden verweigern sie

immer wieder hinauszuzögern, bis sie eines guten Tages plötzlich ihrem Gepäck spurlos verschwunden waren.

Zu unserer gefälligen Notiz über den 90. Geburtstag der Witwe Klitz teilen wir auf Wunsch mit, daß ihr Waidgenosse Gebre Klitz ist, und daß sie aus Emden stammt. Mehrere ihrer Vorfahren haben ebenfalls ein sehr hohes Alter erreicht.

Gegen den Schulplan. Im Schulbezirk Moorwarren (Stadtgemeinde Fever) fand eine Elternversammlung statt, in der beabsichtigt wurde, gegen die vom Oberstaatsrat auf Antrag des Magistrats angeordnete Aufhebung der obersten Klasse der zweijährigen Schule in Moorwarren zu protestieren. Man könne den Schülern nicht den teilweise bis zu 4 Klassen-Gegen im zweiten Schuljahr nach Fever zumuten, zumal viele Eltern heute nicht in der Lage seien, ihren Kindern ausreichendes Schulzeug zu beschaffen. Die Überweisung der Schüler der aufhebenden Oberstufe an die Stadtschule in Fever ist bisher noch nicht durchgeführt worden. Vorläufig wird der Unterricht in den beiden Moorwarren-Schulklassen von dem Schulleiter, Hauptlehrer Aren, wahrgenommen. In der Gemeinde-Feldwarden ist die Aufhebung der Schule in Ansbahnstraße vom Amt Fever verweigert worden, weil zum Ausgleich des Gemeindehaushalts weitgehende Sparmaßnahmen erforderlich sind. Auch hier hat sich die Elternschaft in mehreren Versammlungen scharf gegen die Abnahmemaßnahmen ausgesprochen und erwidert, gegebenenfalls in den Schulstreik zu treten. Der Protest hat vorläufig den Erfolg gehabt, daß bis auf weiteres in der Schule zu Ansbahnstraße ein provisorischer Schuldienst durchgeführt wird.

Sandef.

Wiederwahl des Gemeindevorsethers. In der letzten Gemeindeversammlung wurde Gemeindevorsetz Wolken, der bereits seit 16 Jahren die hiesige Gemeindevverwaltung leitet, einstimmig auf weitere 6 Jahre wiedergewählt.

Carolinische.

Personalien. Am 15. April wird Oberlandjäger Sichte nach Ahrens veretzt. Statt seiner wird Oberlandjäger Sichte als sehr nützlich erwies sich bei dem Umsturz der letzten Woche des Pumpwerk im Alten Graben. Hier ist das Land dem den umliegenden Domänenbesitzern rechtzeitig trocken gelegt, während ringsum eine trostlose Überflutung herrschte. Immer wieder um sich greift. Frührostflecken und Kleinfäule werden fast überall noch einmal angelegt werden müssen, weil der Regen sie einfach weggespült hat. Durch diese Fällung scharf zugedrückt wurde der Landwirt Johann Siebels von Hummerbüren, als er vor einigen Tagen die ersten Fällungs- und Erziehungsbefehle an diesen jungen Tieren vornehmen wollte, und sich zu diesem Zweck allein in ihren Stall begab. Jetzt hat er, anscheinend die Fäule überstanden, so daß er der Genesung entgegenzusehen kann.

Hatten.

Über 100 Kraniche flogen vor kurzen in mehreren kleineren Schwärmen in östlicher Richtung. Ueber Smedede angekommen, verarmten sie sich. Es hatte den Anschein, als ob sie sich wegen der in Smedede auffindbaren Neubauteilen orientieren wollten. Unter großem Geräusch freuten sie hier in der größten Unordnung wild durcheinander, sich dabei immer höher schraubend, bis sie schließlich in östlicher Richtung weiterzogen. Trotz der kalten Jahreszeit sind einige Vögel mit ihrem Krallenwerk schon weit vorgedrungen. Die Niesbege haben schon Eier, und die Weibchen haben schon Junge in ihren Nestern; das beweisen die zerstreut unter den Weidenbüschen herumliegenden blauen Eierstöcke.

Stuhr.

Stuhrer Gemeindeversammlung. In der Sitzung des Gemeinderats, die in Nobels Gasthaus zu Moorbeich stattfand, wurde die Verlegung von zwei Fußwegen beschlossen. Die Aufnahme einer Anleihe von der Landesbrandkasse in Höhe von 3750 RM für die eine Kleinmotorbrücke und ein automatischer Mannschiffsanlagen angeschafft werden sollen, liegt trotz der günstigen Bedingungen — Verzinsung mit 3 1/2 % ab 1935 und Abschreibung in 15 Jahren — von je 314,50 RM einige Bedenken, und nach einer eingehenden Debatte zeigte sich nur eine knappe Mehrheit mit 5 Stimmen gegen 4 Stimmen für die Verlegung der Wege geteilt wird. Die Gemeindevorsetz genehmigt eintommen. — Zu der Finanzlage der Gemeinde Stuhr bemerkte Gemeindevorsetz Heinen, daß man den Monat 2000 RM für die Gewerbesteuerrückstände erforderlich. Sollten sich die Verhältnisse aber in Zukunft nicht wesentlich bessern, so werde man auch in der Gemeinde Stuhr

finanzielle Schwierigkeiten befürchten müssen. Einbehalten sollte man den Einbehalten für die von der Gemeinde in Arbeit gestellten Gewerbesteuern — dem Wortschlage der Gewerbesteuerrückstände-Kommission entspreche — auf 50 Pf. betrag. Gemeindevorsetz Heinen erklärte weiter, daß er einen Etat für das kommende Geschäftsjahr noch nicht aufstellen könne, da die Höhe der Überlieferungen von Staat und Reich noch nicht zu erfassen seien. Die vom Staate Eisenburg verordnete Reichsbürgersteuer wurde zur Kenntnis gebracht.

Altenesch.

Rechtshilfe Anken auf der Ostbahn in Gefahr. In großer Aufregung brachten vier Anken aus Altenesch die Mitnahme des Schwundbüchels. Sie hatten bei Kapitän S. ein Boot losgemacht, um damit über den Groden, bei dem ihnen Wasserlande überflutet war, nach der anderen Ostbahn zu fahren. Erst als sie schon ein gutes Stück vom Lande ab waren, bemerkten sie, daß der Rahn fast leer war. Sie versuchten, mit den Wägen das Wasser herauszuschöpfen, denn ihre Lage wurde bedrohlich, da der Weg zurück nicht so leicht mit dem Boot als alle Fälle auf die andere Seite, und nur unter den allergrößten Mühen gelang es ihnen, noch rechtzeitig auf den rechtsseitigen Ostbahnlauf zu fliehen. Den Aufschwung war heiß und fast geordnet bei diesem waghalsigen Unternehmen. Vater und Bruder von zwei Bootinsassen hielten dabei die glückliche mit dem Leben dabonengelassenen „Schiffer“ wieder nach Hause zurück.

Goldensiedl.

Generalversammlung des Goldensiedler Spar- und Lebensversicherungsvereins zu Goldensiedl. Der Vereinsvorsitzende, Gemeindevorsetz Johannes Meyer, leitete die diesjährige 35. ordentliche Generalversammlung, die im Saale des hiesigen Heinrich Delling stattfand. 121 Genossen waren erschienen. Zunächst wurden die Rechnung und Bilanz für 1931 vorgelesen und Bericht über das Jahr 1931 erstattet. Aus dem Geschäftsbericht entnehmen wir, daß der Vermögenszuwachs seinen Fortgang nahm. Von dem Vermögenszuwachs im Jahre 1930 in Höhe von 188 272/3 Reichsmark wurden die städtische Centralkasse in Wülfrath das verprozentete Darlehensdarlehen von 133 000 Reichsmark gegeben. Dieses Darlehen ist zinslos und wird in 12 gleichen Jahresraten, erstmals zum 31. Dezember 1931, jeizens der städtischen Centralkasse getilgt. Zur Zahlung des Restes von 50 272/3 RM wurde in der letzten Generalversammlung am 27. Mai 1931 beschlossen, den Geschäftsanteil auf 500 RM zu erhöhen. Wenn diesen 500 RM mußte die Hälfte, 250 RM, sofort eingezahlt werden. Durch diese Einschaltungen, 250 RM für jeden Genossen, ist der Vermögenszuwachs erledigt. Die Goldensiedler Kasse ist also saniert. Zum ersten Male konnte die Bilanz im hiesigen Reichsbankbuch aufgeführt werden. Der Reingewinn betrug 1469,44 RM. Dieser geht aus der Bilanz hervor, daß das Vertrauen zu der Kasse geblieben ist; 40 neue Genossen wurden im Jahre 1931 aufgenommen.

Wassel.

Der Nordweststurm und die Niederschläge haben hier alles flach überflutet. Auch die Saat dürfte so gut wie vernichtet sein.

Clappenburg.

Geheimbrennerei aufgedeckt. Man schreibt uns: Die hiesigen Zeitungsblätter machen natürlich das Schwarzbrennen heute einträglich, denn je nachdem der einige Tage die Erfinden einer solchen Geheimbrennerei im vorigen Zeiter (und zwar im Orte A.) konstatiert wurde, sind nunmehr innerhalb des Reichsraus z. B. an der hiesigen Orten angeblich drei Anlagen genannter Art aufgedeckt worden, deren eine in der Nähe von Clappenburg an der Döhrnsee (in der Nähe von Clappenburg) sich befindet. Die Abfahrgänge soll unter engere Seimat geblieben haben, und die dritte im Bezirk des Amtes Clappenburg liegt. Die Frage betreffend Kapitalbeschaffung beantwortet sich leicht: Es soll durch Verrechnung nach auswärts, d. h. nicht hiesigen Kapitalisten, die Sache finanziert haben; hiesige Mittelherkunft finanziell gar nicht oder nur geringfügig beteiligt. Die Anlagen sind durchweg ungenutzt primitiver Art; ein Anlagenteil des gewonnenen Alkohol-Produkts erfolgte in Ermangelung der notwendigen Apparate überhaupt nicht. Man muß sich wundern, daß solche Präparate, die keineswegs jureferit sein können, überhaupt konsumiert werden.

Gulln.

Diebstahl von Vieh. Fünf aus Barlau stammende Arbeitslose wählten im Dezember und Januar etwa ein Duzend Eintragsdiebstahle in und um Gulln zum Zweck, auch außerhalb des Landesbestells Abzock. Ihnen fehlen dabei nicht, unerschöpfliche Werte in die Hände. Ernteeinverleihe konnte ihnen Ende Februar ihr unlauberes Abzwanzig gelegt werden. Das Große Schaffengericht in Bad Schwartau verurteilte sie in Maßstäb auf den Umfang ihrer Raubzüge wegen dandemüßiger Dieb-

Reichsoffertag für die Deutschen Jugendherbergen



„Vater, gib auch du etwas für die Jugendherbergen, in denen wir auch frohe Stunden erleben!“

Am 16. und 17. April wird in ganz Deutschland für das Deutsche Jugendherbergsnetz gesammelt werden, auch in Oldenburg. Durch die Erträge der Länd- und Erbschaften

von Haus zu Haus wird die Sammelstätte mit dem bekannten D. S. Zeichen geben, um eine kleine Gabe für ein Kulturwerk zu erhitzen, das der gesamten deutschen Jugend wertvollste Dienste leistet und dessen Fortbestand gesichert ist, wenn ihm nicht im Wege der Selbsthilfe Unterstützung zuteil wird. Die Deutschen Jugendherbergen sind schon seit Jahren nicht nur billige Einkehr- und Schlafstätten für die wandernde Jugend, sondern auch Plätze der Volksgemeinschaft und der Pflege des Volkstums und der Volksgemeinschaft; sie sind die wenigen Einrichtungen in Deutschland, hinter denen alle Schichten der Bevölkerung stehen und denen jedes von allen Seiten freudige Anteilnahme und reichliches Wohlwollen entgegengebracht werden ist. Es darf daher erwartet werden, daß jedermann gern bereit sein wird, auch in diesem April ein kleines Opfer für die Jugendherbergen des Landes und damit für unsere Jugend zu bringen.

Aus den Schiffsbühnen
Apollon Schiffspläne

„Schatten der Unterwelt“ Ein echter Harry-Viel-Tumult. In dem dieser elegante Meister der Sensation und des Abenteuers wieder einmal alle Mienen der modernen Weltbühnen springen läßt, und zwar ist diesmal kein Zirkus sondern ein internationaler Schiffsbühnen, der mit Hilfe eines selbst erdachten Schiffsbühnenapparates szenische Arbeit zu leisten imstande ist. Doch in einer Unterwelt kommt man ihm im Gedächtnis, denn während er selbst in seiner Gesellschaft der Jahresweil bedringt, verbringt er seine Stunden mit Hilfe des erfindungsreichen Apparates ein großer Teil der Zeit, den aber die Polizei Harry-Viel, damit sie der Welt, veranlaßt macht und dementsprechend nach ihm folgen sollte, konnte zwar sein Glück nachweisen, zieht aber, um eine Familie und besonders ein junges Mädchen nicht zu trennen, von der Polizei verurteilt zu werden, und den Kampf gegen die Schergen der Unterwelt auf eigene Faust durchzuführen. Neben der die Spure in der Unterwelt der Großstadt, fesselt das, führt der weitere Weg nach den Schiffsbühnen der Schweiz, deren landschaftliche und sportliche Unterweltverhältnisse hier dargestellt sind. Das hier geführte ist ein einwöchentliche Schiffsbühnen, die für jeden anderen Szenenbild genügt haben der ganze Zeit, um nur Streck gebracht zu werden — der Polizei ist die Unterwelt an dem Kampf nachzusehen bzw. die schifflichen Täter ihr in die Hände zu geben. — Der Film ist trotz seines Verfalls, der manchmal mit einem nachlässigen Wachen aufgenommen wurde, von Anfang bis zu Ende in einer kristallen Reife und Klarheit auf. Alle Harry-Viel-Begebenheiten kommen glänzend auf ihre Kosten, während andere einseitige Menschen die immer wiederkehrenden Szenen, Witz und sonstigen Verwicklungen auf die Dauer etwas repetitiv finden mögen. Neben der Hauptrolle sind es eine Reihe weiterer Schiffsbühnen, die sich durch gute Leistungen um das Allgemeinwohl sehr verdient gemacht haben.

2. Beilage

zu Nr. 100 der „Nachrichten für Stadt und Land“ vom Mittwoch, dem 13. April 1932

Stellungnahme des Landtags zu den Ministererklärungen in fast fünfstündiger Sitzung

Oldenburg, 13. April.

Werkwürdig, je schwerer die Zeiten und je ernster die Verhandlungen, desto friedlicher und erträglicher ist die Stimmung im Landtage geworden. Die Not schlägt anscheinend Brücken und macht die Vertreter des Volkes brüderlicher und geistmäßiger. Gestern schalteten des öfteren Nachsalben durch das Haus an Stelle der wüsten Drohungen und Anpöbelungen von früher. Das ist bei weitem erträglicher und erfreulicher, ohne daß freilich damit auf eine Besserung der Verhältnisse geschlossen werden könnte. Aber die Einsicht hat sich anscheinend durchgerungen, daß mit Schreien und Schimpfen nichts durchgesetzt wird, und daß man mit dem Ueberlegen und Verhandeln weiter kommt, soweit überhaupt noch etwas zu retten ist. Auch die Kommunisten, die sich als Breziger in der Wüste fühlten, suchten ihre fapientlich-feindlichen Reden mit einem Schein des Humors zu beleben. Und selbst die streitlustigen Nationalsozialisten, die wahrhaftig nicht vorsichtig sind in der Wahl ihrer Kampfmittel, scheinen mit ihrem allergroßten Geschütz zurückgehalten. Jedenfalls schlugen die beiden Sachen nicht mehr ein, sondern verpufften ohne nachhaltige Wirkung. Mit Schlagworten ist — allgemein gesagt — nichts zu machen; die Erkenntnis sollte eigentlich schon eher und weiter durchgedrungen sein.

Es handelte sich in der benähe fünfstündigen Abend-sitzung um die Erklärung der Minister Dr. Willers und Dr. Driever zur finanziellen Lage des Landes und der Gemeinden. Die Leser wollen die Einzelheiten im Bericht nachlesen. Viel Neues werden sie nicht finden. Dieselben fragen und dieselben Vor schläge; die elenden Tatsachen ebenso sicher wie die Wirkungslosigkeit der Mittel. Der Grund der Dinge ist eben unserer Macht entzogen. Es spielten noch Nachklänge der Wahl in die Debatte, und immer wieder tauchte der Ruf nach dem Staat als dem natürlichen Helfer der notleidenden Gemeinden auf, wogegen der Abgeordnete Hartong energisch und großzügig andere Wege und andere Ziele wies, auch hinsichtlich der Angriffe gegen die Minister, die ihre Position ebenso mit Entschlossenheit verteidigten und den Zustand auf die wahren Gründe zurückführten. Was aus der ganzen Bepfropfung herauskam, das ist nicht nennenswert; unter den jetzigen Verhältnissen kann eben nicht mehr erreicht werden. Die Resignation schaute verlagend nach dem neuen Landtag; er tritt ein schweres Erbe an. Die von den Nationalsozialisten eingebrachte Entschiedenheit, die Reichsregierung zur Rettung der Gemeinden mobil zu machen, fand ein für allemalige Umarmung.

Der Rest der Tagesordnung wird heute in Angriff genommen werden.

Ferner wurde die Frage der Senkung der Haus-sitzsteuer eingehend behandelt. Oldenburg hat in-zwischen die Genehmigung des Reiches erhalten, daß die Haus-sitzsteuer nicht senkt wird, da die bisher gehobene Steuer ohnehin noch wesentlich niedriger als in den meisten anderen Ländern nach Senkung um 20 Prozent ist. Seitens des Finanzministers ist ausdrücklich erklärt, daß bei der Statallage zurzeit eine Senkung der Haus-sitzsteuer aus-geschlossen sei. Es solle aber wegen der steuerlichen Behand-lung der Leerräume entgegengekommen werden. Ob weite-res möglich sei, könne erst geprüft werden, wenn die Stat-allage klarer zu übersehen wäre; das sei vorläufig aus-geschlossen, zumal auch die Ueberweisungssteuer im Reich noch in keiner Weise zu überdenken wäre.

Von einer eingehenden Beratung der allge-meinen Etatlage ist Abstand genommen, da zurzeit mangels Vorliegens des Reichsetats irgendwelche festen Unterlagen fehlten. Allseitig — mit Aus-nahme des Abg. Gils — wurde anerkannt, daß der Etat, soweit nur irgend möglich, in Ordnung bleiben müsse, und daß dieses Grundverdienst für jede Regierung, einerlei wie sie zusammengesetzt sei, bestehe.

Der Finanzminister erkannte durchaus an, daß es der Land-wirtschaft außerordentlich schlecht gehe, und daß insbesondere seitens des Reichs alles getan werden müsse, um auf wirtschaftlicher Basis der Landwirtschaft eine Erleichterungsmöglichkeit wieder zu geben.

Er erkannte ferner durchaus an, daß der Ausschuß recht habe, wenn er mit allem Ernst darauf hinweise, daß ins-besondere die Grundsteuer als reine Realsteuer sich gegenüber der Schuldenbelastung um so verderber auswirken müsse, als ein Vielfaches der Grundsteuer gegenüber der Vorkriegs-zeit erhoben wurde. Der Finanzminister stellte ferner klug-herzig milde Handhabung der Steuerbeiträge gegenüber der Not der Landwirtschaft in Aussicht.

Andererseits wurde vom Ausschuß anerkannt, daß jede Regierung erwarten und verlangen müsse, daß diejenigen, die dazu irgend inländische seien, unbedingt ihrer Steuer-pflicht und der Nachzahlungspflicht gegenüber Staat und

Wieso Erdbeben? Erdbeben sind bei uns ziemlich selten, und wenn mal ein Bora „herwacht“, ist, dem liegt das ver-mutlich eher daran, daß Sie nicht nur ganz gewiß besitzen, um die Kamera ruhig zu halten. Es gibt natürlich Fälle, bei denen man um eine längere Beobachtungszeit nicht herumkommt, weil es schon zu dunkel ist, aber bei vielen Ihrer Aufnahmen können Sie verwandelte Bilder vermeiden, wenn Sie einen Schließer-Schlüssel nehmen. Der Veränderte-Schlüssel ist nämlich so konstruiert, daß man ihn normalerweise eher über- als unter-belichtet, was ihm übrigens nichts schadet. Man kann dabei meist noch fälschen, und dann verwandelt nichts mehr.

Sitzungsbericht

Am Regierungstisch: Ministerpräsident Casselbohm, Staatsminister Dr. Driever und Dr. Willers. Die Abgeordneten sind nicht besetzt.

Der Vizepräsident Meyer-Hotte eröffnet die Sitzung um 4 Uhr.

Abg. Sieberding verliest das Protokoll.

Es ist ein selbständiger Antrag Kuchhorn eingebracht, das Schulgeld an den höheren Schu-len nach dem Bremer Muster dem Einkommen entsprechend zu stellen.

Die Aussprache über die Ministererklärungen

Der Ausschuß über die Erklärung des Finanzministers Dr. Willers

Berichterstatter Abg. Hartong

Mit dem Finanzminister wurde eingehend die Neu-gestaltung der Gewerbesteuer beraten. Ab 1. April findet für Oldenburg im Gegensatz zu fast allen anderen Ländern das Reichsrahmengesetz Anwendung. Seitens der

Regierung wurde erklärt, daß Zweck dieser Neuordnung lediglich sein solle, das bisherige Aufbringungsloft (rund 400 000 RM), das im Etat nicht aufgebracht werden könne, sicherzustellen. Es sei zu berücksichtigen, daß das Soll bei der bisherigen Grundlage erheblich sinken würde. Einen Ueber-schuß über das Ausmaß habe man aber noch nicht, deshalb sei auch noch nicht zu überlegen, wie die Freizügigkeit festgesetzt werden würde. An dem bisherigen Steuerziffer werde, abgesehen von der Freizügigkeit, formal nichts geändert. Es sei allerdings zuzugeden, daß durch die künftige Ueber-berichtigung der Zinsen usw. eine wesentliche Ver-änderung eintreten könne. Die nach dem Reichsrahmengesetz zu leistenden Vorauszahlungen richteten sich bezüglich ihrer Höhe zunächst nach den alten bisherigen Sätzen. Die Revi-erung habe nach den Vorverordnungen das Recht alleiniger Beordnung, zu der auch der Antrag an das Reich zur Ein-führung des Reichsrahmengesetzes in Oldenburg gehöre.

Die Regierung erkläre ausdrücklich, daß sie in Anerken-nung der schweren Wirtschaftslage nur das No-twendigste veranlassen und insbesondere die Freizügigkeits-frage wohlwollend regeln werde.

Die Abenteuer des Offseeflegers

Roman von Peter Franke

6. Fortsetzung (Nachdruck verboten)

„Seltsame Entuschungen gibt's!“ Herbert Noth schüttelt den Kopf.

Sie sprechen nichts auf dieser raschen, nächsten Fahrt durch Berlin. Wolfgang Vern hat die Hände in die Taschen seiner Lederjacke vergraben und summt eine närrische Schlag-er-melodie. Er ist von unbefangener Heiterkeit erfüllt, als sei er jetzt erst zum Bewußtsein der gegliederten Tat, der vollbrachten Leistung erwacht. Herbert Noth versteht, was in der Seele seines jungen Begleiters vorgeht, und muß denken, wie seltsam die Menschen zueinander kommen...

Der Wagen rast die Altpfadstraße abwärts.

„Stop!“ jagt Wolfgang Vern heiter. „Hier wohne ich!“

Er läßt den Fahrstuhl bis in den vierten Stock steigen, und dann geht es noch eine halbe Treppe höher. Er hat eine ausgebauten Dachwohnung von einem Maler übernommen, der für einige Jahre nach Italien ging.

Ein behaglicher Wohnraum mit braunen, praktischen Möbeln zweckmäßig ausgestattet, ein weißes Schlafzimmer mit aufstehendem Wabekabinett — das ist Wolfgang Verns Heim.

Herbert Noth legt seinen dunkelblauen Trenn-coat, unter dem die Smokingbrille leuchtet, ab und lehnt sich in einen bequemeren Sessel an einem breiten Bücherregal. Im Wabekabinett plätschert Wolfgang Vern unter der Dusche.

Nische und Regal liegt er, denkt Herbert Noth — Kant und Schopenhauer... Dazu ganze Reihen moderner Belle-tristen... Und die naturwissenschaftliche Fachliteratur seines Studiums... An ihren Büchern sollt ihr sie erkennen! Dieser Wolfgang Vern ist nicht nur ein großer Segelflieger, sondern auch ein ringender Mensch, der nach geistigen Dingen strebt, nach harmonischer Entfaltung seiner Persönlich-keit... Solche jungen Männer sind seltener heutzutage — man muß die Hände über sie halten, denn sie sind die Zukunft der Nation...

Da sieht Wolfgang Vern im Türrahmen — raut und schlanke. Der Smoking bringt die aus Kraft und Eleganz ge-paarte Linie seiner Figur voll zur Geltung. Das blonde Haar ist glatt zurückgestrichen und gibt die klare Stirn frei. Der Blick seiner hellblauen Augen ist frei und offen, und ein unbeschämtes, jugendhaftes Lachen liegt um seinen Mund.

„Hallo! Da bin ich!“ ruft er. „Hat es lange gedauert?“ Herbert Noth springt auf und schüttelt in den Trenn-coat.

„Keineswegs, Herr Vern! Außerdem habe ich Ihre Hofklosette benutzend...“

Zwei Minuten später fährt das Auto an. Nach Daheim hinaus geht die Fahrt. Mr. Stappendale hat sich „An-Sir-Prüfung“ eine schloßähnliche Villa bauen lassen. Als sie durch die Pöbdielst-Allee jagen, lacht Wolfgang Vern hell auf.

„Was ist los, Herr Vern?“ erkundigt sich Herbert Noth. „Nichts Besonderes, Herr Noth! — Ich habe auf einmal gespürt, daß ich wahnsinnigen Hunger habe. Denken Sie nur — ich habe sich heute morgen um 9.30 Uhr nichts gegessen und getrunken — das war allerdings ein deftiges bänkisches Frühstück.“

„Zunehmend ist Zeit genug vergangen, einen gehörigen Appetit zu rechtfertigen...“

„Einen geradezu ungehörigen habe ich, Herr Noth! Und zwar selbstverständlich auf Vegetarieressen!“

Herbert Noth lächelt.

„Die werden Sie bei Mr. Stappendale wahrscheinlich nicht bekommen — aber andere gute Dinge genug!“

Der Wagen hält vor der Wohnung Stappendales. Ein galanter Parkwächter nimmt ihn in seine Obhut. Herbert Noth und Wolfgang Vern betreten das Haus.

Schon in dem Vestibül zeigt sich, daß mindestens ein halbes Dutzend Gäste anwesend sind, in der abseits im-provisierten Garderobe reihen sich die Helme der Damen und die Abendmäntel der Herren. Ein bestmöglicher Diener nimmt die Garderobe in Empfang.

Und dann stehen sie im ersten der lichtdurchfluteten Räume, einen prachtvollen Empire-Salon, dem Herrn des Hauses gegenüber, der einen ausserwählten Kreis seiner Gäste um sich versammelt hat.

„Guten Abend, Mr. Stappendale! Verzeihen Sie meine Ver-spätung — dieser junge Mann ist Schuld daran...“

Wolfgang Vern fühlt aller Augen mit neuartigem In-teresse auf sich gerichtet und ertönt ein wenig. Herbert Noth ist ein ausgezeichnete Regisseur... Lächelnd spricht er weiter...

„Ich habe die Ehre, Ihnen Wolfgang Vern vorzustellen, der heute mit seinem Segelflugzeug, „Wanderfalk“ von Kopen-hagen kommend die Dänse überflogen hat — und vor einer Stunde glücklich in Tempelhof gelandet ist!“

Alle Umstehenden bereiten dem Offseeflieger eine herz-liche Ovation. Mr. Stappendale schüttelt Herbert Noth kräftig die Hand. „Das haben Sie famos gemacht, Noth — ganz famos!“ Aus seinen Augen leuchtet die naive Freude an der Sensation, als er Wolfgang Vern mit langem Hände-druck begrüßt: „Ich bin glücklich, Sie in meinem Hause zu Ihrer wunderbaren Leistung beglückwünschen zu können. Indeed, ich bin sehr glücklich!“

Wolfgang Vern findet den weißhaarigen alten Herrn mit dem gelunden, rötlich-strahlen angefschlichen Gesicht nett. „Ich danke Ihnen, Mr. Stappendale!“ sagte er mit ein-facher Aufrichtigkeit. „Sie sind sehr liebenswürdig!“

Und nun wird Wolfgang Vern herumgerrückt — in zehn Minuten lernt er einen großen Teil der Prominenz des Berliner öffentlichen und gesellschaftlichen Lebens kennen. Generalinspektordirektor Schloffer, den führenden Kopf der Staatsbahn, Bodders, den berühmten Verteidiger, Hin-richsen, den vielgenannten Bankmagagnaten, Frau von Kirch-heim, die Postkammerin, Heinrich Blum, den Dramatiker,

Margrit Balon, den funkelsternen der internationalen Film-festivals, und viele andere mehr. Herbert Noth weicht nicht von seiner Seite und hält heimlich immer wieder nach allen Sei-ten Ausschau: doch die, um dementwillen er kam, steht er in keinem der schlimmsten Räume...

„Hilbe Wagner umklammert den Revolver. „Kein Aus-weichen mehr und kein Zurück, Mar! Die Wahrheit will ich wissen, die reine Wahrheit, und nichts als die Wahr-heit!“

Ihre Augen brennen, und ihre Stimme klingt hart und unerbittlich wie das Schicksal. Mar, die Schwärzer, richtet sich in steiler Geise auf.

„Gut denn: Du sollst die Wahrheit wissen! Ich liebe ihn — hörst du?! — ich liebe ihn und will ihn ewig lieben!“

Hilbe Wagner reißt den Revolver hoch und schwingt Mar, sitzt einen spitzen Schrei aus und bricht zusammen. Zer-trenntes langes Stille: Das Schreien der Unglücklichen und dann järrlich fassend wie aus weiter Ferne eine Oboe...

Der Vorhang fällt. Der letzte Akt der neuen Lambach-Oper, „Mar und Hilbe“ ist zu Ende. Ein endloser Wei-ßschnee reißt von den Rängen und Galerien der Staats-oper unter den Linden nieder und brandet aus dem Parkett zur Kante empor.

„Wertwürdig!“ sagt der Abendregisseur zum Inspezien-ten, „der Erfolg ist heute noch stärker als bei der Premiere.“

Die beiden lehren am Inspezientenpult, dicht hinter dem Bühnenrahmen, fünf Meter vor ihnen stehen die Kammer-sängerinnen Wagner und Trautschold Hand in Hand an der Kante und verneigen sich unter hübschen Zurufen immer wieder. Der Inspezient wagt immer grauen Kopf.

„Nicht alle zweiten Vorstellungen sind schlecht!“ sagt er bedenktlich und macht zugleich bei jedem neuen Vorhang einen Strich auf einen Notizblock — vierzehn, fünfzehn, sechzehn... Endlich hat das entzweierte Inspezient sein Viebs-lunge genug gefeiert. „Schönste Vorhänge“, schreibt der In-spezient in seine Klode. „Schluß der Vorstellung 10.54 Uhr!“

„Schon so spät?“ Hilbe Wagner schaut im Vorbeigehen über seine Schulter.

„Gott sei Dank, auch Frau!“

„Da heißt es eben, wem man noch was vor hat. Gut Nacht, lieber Bräutigam!“

„Gute Nacht, auch Frau!“

Der Inspezient läuft voran und öffnet ihr die Tür zum Garderobenkorridor. Im Vorübergehen dankt sie ihm mit lächelndem Kopfnicken. Er schaut ihr nach, bis sie in ihrer Garderobe verschwindet. A schmarante Frau, denkt er, a sehr schmarante Frau. Und macht sich feufzend auf den Heim-weg.

Er, die Jose — Gott allein weiß, wie sie dazu kommt, sich zu nennen, sie heißt Etriede Schreiber und stammt aus Köthen in Anhalt! — Er, die Jose, also hat, wie immer, alles sorgsam vorbereitet, um das Antreffen ihrer Herrin rasch und reibungslos zu bewerkstelligen.

(Fortsetzung folgt)

Gemeinde genügen müssten. Jeder, der anders handle, verneine den Staat überhaupt.

Ausschuss II über die Erklärung des Staatsministers Dr. Dräger.

Berichterstatter Abg. Friedrichs.

Die besagte Erklärung des Innenministers ist mit den Vertretern des Staatsministeriums beraten worden. Die schwierige Lage der Gemeinden wird allgemein anerkannt. Es wurde die Frage laut, ob nicht, wie bei den Gemeinden, auch bei der Staatskassa eine Erhöhung der Umsatzsteuer zulässige Mehrertrag in den Ausgleichsloos abgeführt werden könnte.

Diese Frage wurde von den Vertretern des Staatsministeriums verneint mit dem Hinweis, daß eine solche Maßnahme leicht zur Einstellung der Zahlungen des Staates und damit zu großen Schwierigkeiten für weitere Bevölkerungsfreie führen könnte. Weitere Einschränkungen beim Haushalt des Staates wären zur Zeit auch nicht möglich. Die weitere Frage, ob nicht durch Aufnahme einer Anleihe seitens des Staates den in Not befindlichen Gemeinden geholfen werden könnte, wurde ebenfalls verneint. Von den Vertretern des Staatsministeriums wurde noch darauf verwiesen, daß mit Rücksicht auf die schwere Notlage der deutschen Gemeinden das Reich diesen unbedingt helfen müsse, und, falls dies gelänge, dann auch für die obdenburgischen Gemeinden Erleichterungen zu erwirken wären.

Aus dem Ausschuss heraus wurde die Auffassung geteilt, jedoch kam zum Ausdruck, daß daneben auch der Staat die Verpflichtung habe, seinen in Not geratenen Gemeinden zu helfen. Der Lastenausgleich habe sich zugunsten der Gemeinden verschoben; ein gewisser Ausgleich sei daher notwendig.

Es kam ferner im Ausschuss zum Ausdruck, daß der in den vergangenen Jahren in Oldenburg erfolgte Kapitalausgleich und die gesamte bisherige obdenburgische Steuerpolitik im Zusammenwirken mit der vom Reich verhängten Realsteuerperiode sich in jeglicher Hinsicht als eine Reihe obdenburgischer Gemeinden ungünstig auswirkte. Auch wurde kritisiert, daß bei der jetzigen Durchführung des Finanzausgleichs durch die Zuführung von belasteten Gemeinden die durch Wohlhabensklassen wenig belasteten Gemeinden die durch Wohlhabensklassen weniger belasteten Gemeinden während für die durch Wohlhabensklassen stark belasteten Gemeinden keine Entlastung vorgesehe sei.

Es ist ein Antrag Zimmermanns an den Ausschuss, des Inhalts, die Regierung möchte ersucht werden, alles zu tun, damit die künftigen Zahlungsbefähigungen gezwungen werden, ihrer Pflicht dem Staate gegenüber nachzukommen, damit die Einkommen- und Verbrauchssteuern erfüllt werden können.

Abg. Joel (M.) verteilte eine längere Erklärung seiner Fraktion, die in ihren Hauptteilen wie folgt lautet:

Mit aller Deutlichkeit geht aus den mitgeteilten Zahlen und den weiteren Darlegungen des Staatsapparates und der Gemeinden nur noch ein Ding und Wägen ist. Man erkennt mit Grauen, daß die öffentliche Hand nur noch Selbstzweck ist und nicht mehr Mittel zum Zweck. Die öffentliche Hand verdirbt mit allen Mitteln am Leben zu bleiben und denkt nicht daran, daß das Leben der öffentlichen Hand von der Erhaltung der wirtschaftlichen Existenz der einzelnen Volksgenossen abhängig ist. Und aus dieser Zwangslage scheint die jetzige öffentliche Hand, die wir mit Erfüllungssystem, dem System des 1. November 1918, bezeichnen, keinen Ausweg zu wissen. Über die öffentliche Hand müßte schon dazu übergehen, die verabschiedeten nationalsozialistischen Grundzüge anzuwenden. Wir anerkennen gern, daß der Finanzminister unter dem heutigen System sein Maßvermögen möglichst getreu hat, um die Finanzen des Freistaates in Ordnung zu halten. Aber, so müssen wir fragen, was nützt einer evtl. kommenden neuen Staatsregierung unter dem heutigen System die Überlastung der heute noch von dem Finanzminister als überwindlich hingestellten Schulden, wenn auf der anderen Seite die Bevölkerung des Freistaates Oldenburg nicht mehr zahlungsfähig ist und die Gemeinden vor dem Ruin stehen?

Eine eventuell kommende neue Staatsregierung findet in Wirklichkeit nur ein Zimmerierfeld vor. Sie wird, wenn das heutige System bestehen bleibt, noch unendlich viel größere Schwierigkeiten zu überwinden haben als die jetzige Staatsregierung!

Wir werden uns nicht scheuen, mit voller Verantwortung vor dem Volke eines Tages die Regierungsgeschäfte zu übernehmen. Wir werden uns dann als politische Staatsregierung aber auch nicht scheuen, dem Volke in aller Deutlichkeit zu zeigen, wo das Grundübel der heutigen Not auf allen Gebieten des Lebens liegt und die gesetzlichen Mittel und Wege denken, um diese Erkenntnis auch über unsere Landesgrenzen hinaus und bei den heutigen Nachbarn anzubringen. Wir werden uns auch nicht scheuen, gesetzliche Maßnahmen auf dem Gebiete der Verwaltungsreform und insoweit in die Wege zu leiten, die bis heute im Freistaat Oldenburg noch nicht beschritten wurden.

Ueber die Hauszinssteuer und ihre Senkung um 20 Prozent, die der Herr Finanzminister nicht durchführen will, und über die eingetragene Gewerbesteuer nach dem Reichsrahmengesetz viel zu sagen erübrigt sich, da der Finanzminister auf Grund der Notverordnung die finanzielle Belastung des Freistaates nach eigenen Ermessen behandelt. Grundtätlich sehen wir die Hauszinssteuer als eine gefährliche und unverständliche Steuer an. Es wird einer Kommune an nationalsozialistischen Reichsreform vorbehaltlich bleiben, diese Steuer abzubauen und für den Uebergang der allgemeinen Steuerregelung eine entsprechende Senkung der Hauszinssteuer genügen. Durch eine derartige Maßnahme würden schlagartig Hunderttausende von Gewerbetreibenden, Handwerksmeistern, Gesellen und Arbeitern wieder Arbeit und Brot finden. Der Steueranfall würde durch die Ersparnisse an Unterhaltungen aller Art wieder aufgehoben. Wenn der Finanzminister sagt, daß das obdenburgische Gewerbesteuergesetz verlagert und deshalb die Gewerbesteuer auf das Reichsrahmengesetz umgestellt werden soll, dann beweist er mit dieser Umstellung, daß das Gewerbe auch am Ende seiner wirtschaftlichen Kraft ist. Es ist nicht mehr zahlungsfähig. Daß die Umstellung der Gewerbesteuer auf das Reichsrahmengesetz eine härtere Belastung des Gewerbes und seine Verelendung bedeutet, wagt sicher niemand zu bezweifeln.

Wir haben schon vor 1923/24 auf den verderblichen Weg der Politik der Reichsregierungen hingewiesen. Wäre man seinerzeit den nationalsozialistischen Forderungen nachgekommen, brauchte man heute keine Notverordnungspolitik zu treiben.

Erst die schamlose Volksausplünderung durch die Inflation, die Inflationspolitik und die Deflationspolitik haben Deutschland in das jetzige Elend gebracht. Dieses von der schwachen und der roten Internationale gemeinsam verursachte Elend findet lediglich seine Krönung in der jetzigen Notverordnungspolitik.

Die größte Sorge macht dem Finanzminister der Rücksicht an den Steuerern und Bürgern. Er ist der Ansicht, daß die erhebliche Minderndes Zahlungsunwilligkeit zu berücksichtigen sind. Die Form, die der Finanzminister in dieser Frage gefunden hat, müssen wir als eine äußerst unglückliche bezeichnen. Die obdenburgische Landwirtschaft ist als treue Anhängerin des Selbständigkeitsgedankens bekannt. Aus diesem Grunde wird sie niemals durch einen illegalen Steuerfreibei dem eigenen Staat in den Rücken fallen. Aber die Notlage der ganzen Landwirtschaft und insbesondere der Viehwirtschaft lenkt, der weiß, daß die Steuererlässe aus dem Zahlungs-

Um wenig Zeit

und wenig Geld zu sparen, gibt der Landmann, wenn er die Zeitung im Sommer aufgibt, viel Geldvolles auf. Seine Urteilskraft ist zu politischen und Tagesfragen (denn er weiß ja nicht, was vorgeht), die Nachrichten aus seiner Heimat, die Wirtschaftsbereiche, Preisnotierungen, Meldungen über Viehmärkte, Holzversteigerungen usw., die für seinen Betrieb so nützlich sind, die Anzeigen, die ihm alles Nötige vermitteln und seine weit der ganzen Familie Unterhaltung. Ob es sich lohnt, all dies gegen einige Minuten Zeit — und einige Mark Gelderparnis einzutauschen?

unermüden herrühren. Wenn festgestellt wird, daß von einzelnen Volksgenossen vorläufige Steuerarbeiten getrieben wird, dann hat der Staat das Recht, einzugreifen.

Aber von evtl. einzelnen Zahlungsunwilligen auf einen großen Teil der ganzen Landwirtschaft zu schließen, halten wir für einen der ganzen Sache wenig dienenden Vorwurf in der Regierungserklärung. Durch diesen unbedingten Vorwurf läßt die Staatsregierung dem Grundhaushalt des Volkes, dem Wohlstand, einfach vor den Kopf. Die Regierung soll sich bei einem derartigen Vorgehen nicht über mangelnde Staatsautorität beklagen.

Wir haben die Volksgenossen nicht aufgezogen und haben auch keine Verbindung zu ihnen. Wenn die Volksgenossen eine illegale Organisation darstellen, dann ist die Pflicht des Staates, hier einzugreifen. Da dies nicht geschehen ist, können wir nicht glauben, daß die Volksgenossen illegale Ziele verfolgen. Daß die Landwirte den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Posten denjenigen gegenüber durchzuführen, die bei unverschuldeten, durch die jetzige Notlage hervorgerufenen Zwangsverlegungen bieten, halten wir für ein grundanständiges Benehmen der ländlichen Bevölkerung.

Der heute wieder, aus der unverschuldeten Not seines Volksgenossen nach Kapital zu schöpfen, der ist nicht erwir, daß man sich weiter mit ihm an einen Tisch setzt. Lieber sich durchringen und durchsetzen, als sich auf eine derart charakterlose Art zu bereichern.

Wir Nationalsozialisten sind legal und für die Erhaltung der Selbständigkeit unseres Freistaates. Deshalb haben wir kein Interesse daran, daß durch Steuerarbeiten der Selbständigkeit Oldenburgs ein Ende bereitet wird. Wir wissen aber auch, daß, wenn man kein Bargeld mehr hat, man auch nicht zahlen kann.

Wenn der Staat heute dazu übergeht, Händlerwaren und Mitgläubiger zu beschlagnahmen, den Grundbesitz zu enteignen, die Mägen zu enteignen und zu beschlagnahmen, dann gerät man regierungsseitig die letzten Existenzmöglichkeiten der Landwirtschaft. Wir haben es aus den geschilderten Gründen heraus abgelehnt, uns einen allgemeinen Abwet des Landbesitzes an die Bevölkerung, in die Gemeinden und die Pächter zu begeben und keine Steuerarbeiten zu betreiben, zuzustimmen. Wir nehmen es als Selbstverständlichkeit an, daß derjenige, der noch zahlen kann, seiner Pflicht unserem Freistaat gegenüber nachkommt.

Einen derartigen Appell des Landbesitzes zustimmen, würde bedeuten, daß die Grundbesitzer, die den Landbesitz würde Steuer- und Beschlagnahme getrieben, ein Recht macht. Das kommt für uns nicht in Frage. Wir haben nicht das geringste Interesse daran, evtl. mit der Sozialdemokratie und dem Zentrum in dieser Ansicht zusammen genannt zu werden.

Wir haben schon im Anfang unserer Stellungnahme gesagt, daß die Erklärung des Herrn Innenministers über die Lage der Gemeinden in wirtschaftlicher Zusammenhang mit der Erklärung des Herrn Finanzministers steht. In den Gemeinden ausschalten ist das selbe Bild wie im Staatshaushalt. Nur besteht der Unterschied, daß die Gemeinden sich in einer viel schlechteren Lage befinden als der Staat. Bei den Gemeinden bleibt letztlich alles hängen. Es trifft hier zu, daß der Schwächste am meisten getrieben wird. Man sieht, daß Reich und Staat sich immer noch auf Kosten der Gemeinden helfen können. Es ist allerdings der Zeitpunkt gekommen, wo Reich und Staat aus Selbstbehauptungsbedürfnis eingreifen müssen, wenn die organisatorische Grundlage des Staates, die Gemeinde, nicht selbstlos zusammenbrechen soll. Wie Reich und Staat dieses Problem unter dem heutigen System lösen wollen, ist für uns ein uninteressantes Detail. Aus dem Volke ist auf den beschränkten Wegen nichts mehr herauszuholen, und die Gemeindefallen verdrängen sich von Tag zu Tag. Dabei können wir viele Gemeinden nicht vor der Liquidation freipreden, daß sie sich selbst zu einem Teil in diese Lage durch eine unkluge und heute verbotlich geführte haben. Manche Gemeinde hätte es heute entschieden besser gehen, wenn sie nicht die Reichsinsolvenz zu tragen hätte.

Wir haben immer vor der Anleihepolitik in aller Deutlichkeit gewarnt, aber laube Öhren gefunden. Wir Nationalsozialisten haben immer die unverschuldeten Hypotheken in der Wirtschaftspraxis und die wirtschaftliche Zusammenhang mit der Erklärung des Herrn Finanzministers steht. In den Gemeinden ausschalten ist das selbe Bild wie im Staatshaushalt. Nur besteht der Unterschied, daß die Gemeinden sich in einer viel schlechteren Lage befinden als der Staat. Bei den Gemeinden bleibt letztlich alles hängen. Es trifft hier zu, daß der Schwächste am meisten getrieben wird. Man sieht, daß Reich und Staat sich immer noch auf Kosten der Gemeinden helfen können. Es ist allerdings der Zeitpunkt gekommen, wo Reich und Staat aus Selbstbehauptungsbedürfnis eingreifen müssen, wenn die organisatorische Grundlage des Staates, die Gemeinde, nicht selbstlos zusammenbrechen soll. Wie Reich und Staat dieses Problem unter dem heutigen System lösen wollen, ist für uns ein uninteressantes Detail. Aus dem Volke ist auf den beschränkten Wegen nichts mehr herauszuholen, und die Gemeindefallen verdrängen sich von Tag zu Tag. Dabei können wir viele Gemeinden nicht vor der Liquidation freipreden, daß sie sich selbst zu einem Teil in diese Lage durch eine unkluge und heute verbotlich geführte haben. Manche Gemeinde hätte es heute entschieden besser gehen, wenn sie nicht die Reichsinsolvenz zu tragen hätte.

Heute gehen die Gemeinden dazu über, Gemeindevermögen zu verpfänden. Das ist ein ganz falsches Beginnen, da eine Abwertung von Gemeindevermögen keine Rettung bringt. Jeder Geld- und Gemeindevermögen ist in seiner Wirkung heute wie ein Tropfen auf den heißen Stein. Wenn der Finanzminister davon spricht, daß die Selbstverwaltung der Gemeinden noch keiner schwereren Belastung ausgesetzt gewesen sei als heute, können wir ihm nur unsere Verwunderung über diesen Auspruch kundtun. Es sollte doch auch dem Innen-

minister bekannt sein, daß anfangend mit der zentralistischen Erbschereichen Steuerzentralisation so nach und nach die ganze Selbstverwaltung abgebaut wurde.

Eine praktische Selbstverwaltung besteht in den Gemeinden ebenso wenig wie in den Ländern. Was an Selbstverwaltung noch vorhanden ist, sieht man an den Gemeinde- und Länderparlamenten; am deutlichsten sogar am Reichsparlament. Heute hat in Deutschland nur ein Mann das Sagen, das ist Herr Brüning, und Herr Artikel 48 der Reichsverfassung, deren Inhalt überleblich.

Wir haben aus diesem Grunde auch darauf verzichtet, in diesen Landtag noch irgendeinen Antrag einzubringen. Vom Volke fordert man, daß es sein letztes Geld für die Erhaltung des Staates hergibt und diesen Staat noch als Autorität anerkennt, und selbst hat man es nicht nötig, sich um den Willen des Volkes zu kümmern.

Wir richten hier an die Herren Minister die Frage, weshalb sie den Landtagsbeschlüssen auf Abschaffung der Ministererinnungen auf 12.000 RM nicht durchzuführen? Die Staatsleiter haben die Pflicht, bevor sie vom Volke ein reichliches wirtschaftliches Auspinnen verlangen, mit allem Fleiß voranzugehen. Erst dann kann man auch Autorität für sich beanspruchen.

Die Rettung aus diesen trostlosen Verhältnissen kann nur eine radikale Umstellung auf allen Gebieten des politischen Lebens bringen. Durch Notverordnung bringt man das Volk immer weiter in das Elend, wenn man nicht gleichzeitig die Arbeit wieder zur Entfaltung bringt, also die Arbeitslosigkeit gleichzeitig abbaut. Dieses Problem und alle anderen der Wohlfahrt des ganzen Volkes dienenden kann das heutige System nur lösen, wenn es nationalsozialistischen Grundfragen Raum gibt. Das kann dieses System aber nicht, da ihm alle Voraussetzungen dazu fehlen. Deshalb hat das jetzige Regierungssystem abzutreten und ins Nicht zu machen.

Nicht unferretwegen, sondern damit das Volk leben kann!

Damit das Volk leben kann, haben wir 10 Jahre und länger gekämpft und werden wir mit immer gelebiger Energie weiter kämpfen. In diesen Kampf um die Macht in Deutschland, der nur der Wohlfahrt des ganzen Volkes gilt, ist unser Kampf um die Macht in Oldenburg nur eine Kampfphase. Volksgenossen, Volksgenossen und Landtagsabgeordnete sind die Wege dazu, in Oldenburg eine politische Regierung zu bilden, die alles das nachholen muß, was die heutige Regierung nicht getan hat und nicht tun konnte, auf legalen Wege ein Volkswort zu bilden gegen das vollsouveräne Erfüllungssystem der Anleihepolitik und seinen letzten Ausläufer, die Brüning'sche Notverordnungspolitik!

Die Erklärungen werden von der Rechten mit Brado und Händelaffen aufgenommen.

Der Präsident macht darauf aufmerksam, daß Händelaffen in diesem Parlament bisher nicht üblich war.

Abg. Sartorius (D.) bezieht sich auf den Bericht. Er sei es im Ausschuss nicht gelungen, eine einheitliche Stellungnahme herbeizuführen. Das sei geschleitet an der Forderung der Sozialdemokraten, zu befinden, daß gegen künftige Steuerzahler mit aller Schärfe vorgegangen werden solle. Darüber, daß jeder Zahlungsfähige seiner Pflicht der Regierung gegenüber nachkommen müsse, könne keine Meinungsverschiedenheit bestehen. Aber es liege kein Anlaß vor, die Regierung aufzukündigen. Weder verbreitet sich über die Steuerfragen, Hauszinssteuer, Gewerbesteuer usw. Der kommende Landtag werde über die Fragen zu beraten haben, und er werde dabei vor seiner letzten Aufgabe stehen.

Abg. Wagner (M.) meint, daß die Wege, die die Regierungen gehen, falsch seien. Durch die Notverordnungen und die Kürzung der Löhne müsse man zu einer Schwächung der Kaufkraft kommen. Die Arbeitslosigkeit müsse beseitigt werden, und dafür mache seine Partei eine Reihe von Vorschlägen: Kürzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, Herabsetzung der Altersgrenze auf 60 Jahre usw. Er wolle weiter die Ausgaben für die Kirchen und die Ordnungspolizei einsparen, die Gehälter und die Pensionen kürzen, ferner Erleichterung in der Steuerpflicht für die kleinen Landwirte. Redner erklärt, seine Partei werde die Massen weiter mobilisieren, bis sie die Macht errungen habe. (Es kommt zu Zwischenrufen, die sich auf den Wägen der Kommunistischen Stimmen bei der Präsidentenwahl beziehen.)

Abg. Friedrichs (Z.) kritisiert, daß die Unberbeit in dem Bericht nicht genügend zu Wort komme. Was der Antrag Zimmermanns wolle, sei in der Erklärung des Finanzministers ebenso deutlich gesagt worden. Es habe keinen Zweck, daß man immer den Zusammenbruch an die Wand male. (Abg. Müller: Sie sind ja mitten drin, haben Sie das noch nicht gemerkt?) Ich habe bei einigen Leuten auch schon einen gewissen Zusammenbruch gemerkt. (Heiterkeit.) Redner wendet sich gegen die Nationalsozialisten. Mit langen Erklärungen sei niemand gedient, es komme auf die praktische Mitarbeit an. Er kritisiert, daß der Staat den Gemeinden nicht genügend helfe. Es genüge nicht, den Gemeinden immer wieder den Rat zu geben, sparsam zu sein. Das könne keine Grenzen. Die Lehrerbildung müsse sichergestellt werden. Auch in bezug auf die Sicherstellung der Wohlhabensklassen müsse etwas geschehen. Das Staatsministerium müsse auf dem Verordnungswege die Ueberweisung eines Drittels des Gesamtanteils an der Umsatzsteuer an den Ausgleichsloos veranlassen. Der Minister werde erklären, das sei unmöglich, aber es müsse etwas geschehen. Zu den kommunikativen Anträgen sei manches Gute enthalten, aber vieles sei absolut unbrauchbar. Schon aus Rücksicht auf den Mangel an Mitteln. Seine Partei lehnt es ab, aus Agitationsgründen Anträge zu stellen. Die kommunikativen Anträge seien im großen nichts anderes als ein Sammelmüll von allen möglichen Dingen. (Abg. Cilius: Sie sind ein Staatsmann!) Sie ein Staatssterk! (Heiterkeit.)

Abg. Brendebach (Z.) verbreitet sich zunächst darüber, daß die Notlage der Gemeinden zum großen Teil durch die Wohlhabensklassen verursacht ist. Es müsse mit der Dreiteilung: Erwerbslosenunterstützung, Arbeitsförderung und Wohlhabensklassen Schutz, gemacht werden. Seine Fraktion habe sich in den Ausschüssen bemüht, zu den Erklärungen der Regierung positiv Stellung zu nehmen. Mit langen Erklärungen sei niemand gedient. Viele Steuerzahler seien heute zweifelslos nicht mehr in der Lage, ihrer Steuerpflicht zu genügen, aber er hält es doch für bedauerlich, zu sagen: kein Fleiß! diesem System. Das führe dazu, daß auch Handwerkerleistungen usw. nicht mehr bezahlt werden. Allen denen, die wirklich nicht mehr bezahlen können, solle man mit denkbar größter Nachsicht entgegenkommen. Die Ratten hätten sich in den letzten Jahren ganz wesentlich zu ungunsten der Gemeinden verhalten. Der Staat habe eine Entlastung erfahren.

Abg. Sartorius (D.) stellt fest, daß der Bericht vom Ausschuss einstimmig gebilligt worden ist. Es sei absolut

falsch, wenn gesagt werde, daß die obdenburgischen Gemein- den vom Staat besonders reichlich behandelt worden seien, und daß der Staat besonders rigoros vorgegangen sei. Es sei nicht zu befechten, daß es den Gemeinden schlecht gehe. Es sei aber falsch, immer den Finanzminister anzuklagen. Es handle sich um die Frage, ob der Finanzminister nicht in zahlreichen Fällen früher hätte brechen müssen. Der heutige Miere könne man nicht danach befragen, daß man neue Anleihen aufnehme, sondern man müsse die Ausgaben einsparen. Man dürfe nicht fragen: Wo ist Geld? Wer damit! Weg! Wenn ein Privatmann so gehandelt hätte, wie es der Staat durch Aufnahme neuer Anleihen getan habe, laufe er nicht mehr frei herum.

Staatsminister Dr. W i l l e r s stellt fest, daß er nicht die Notgemeinschäften als solche bekämpft hat, sondern nur die Ausschüsse, soweit sie ihm amtlich zur Kenntnis gelangt sind. Redner hat mit den Kommissionen der Notgemeinschäften im Lande Beratungen gehabt und allenfallsigen Verständnis ge- funden. Die Not der Landwirtschaft ist groß, und die Ver- schuldung sei hellenweise erschreckend groß. Redner hofft, durch Zusammenarbeit mit den Kommissionen gangbare Wege zu finden, damit Ausschüsse vermieden werden. Redner kann sich nicht darauf einlassen, daß ein Drittel des Gesamt- anwerts an der Umsatzsteuer dem Ausgleichsfond zugewiesen wird. Redner teilt mit, daß ihm in diesem Zusammenhang die Umwandlung der fünfzehn Millionen kurzfristiger Anleihen in langfristige gelungen sei, und die Umwandlung der sechsten und siebenten werden voraussichtlich bald gelingen.

Staatsminister Dr. D r i v e r wendet sich gegen den Vor- wurf, daß ihn ein Teil der Schuld treffe, weil er die An- leihenverpflichtung der Gemeinden unterschätzt habe. Jeder Fall sei eingehend geprüft worden. Streng sei nach den gesetz- lichen Vorschriften verfahren worden. Deshalb weise er den Vorwurf mit aller Entschiedenheit zurück. Die Not der Ge- meinden finde ihre Ursache in den ungeheuren Wohlstands- lüssen. Daran seien die Gemeinden doch nicht schuld. Das Reich müsse für die Gemeinden eintreten, und die gesetzliche Leistung über die Betreuung der Erwerbslosen von Grund auf ändern. Es gehe nicht an, daß man die Gemeinden an- dauernd so besetze.

Abg. M ü l l e r (Komm.) meint, der Kern der beiden Mißverständnisse von voriger Woche sei: Wir sind pleite! Nun verjage man mit untauglichen Mitteln an untauglichen Objekten herumzulaborieren. Die Linie sei: Gemeinden, Staat, Reich, Ausland: Alles pleite! Einer erhoffe Hilfe von dem andern, und man gäbe an Wunder. Aber es nütze alles nichts. Die Sozialdemokraten sind „feine Leute“ (Abg. F i d: Das hört man selten!) Ja, im Widerspruch. Wir wollen, daß Arbeit geschaffen wird. Es ist genug Ar- beit vorhanden: Straßenbau, Ueberschwendung in Angewand- ten. (Staatsminister Dr. D r i v e r: Sache der Wasser- arbeit!) Unsere Partei hatte zwei Bürgermeister im Reich; sie sind es aber nicht lange gewesen (spätere Seiteleit), ja, weil man sie abgebaut hat, weil sie die Notverordnungen nicht durchführen wollten. Redner meint, es gebe Möglich- keiten, Geld zu beschaffen in Höhe und Fülle. Zum Schluß teilt Redner eine Attacke gegen die Nationalsozialisten. Auch das dritte Reich ist ein kapitalistisches Reich; das Pro- fitstreben wird auch dort herrschen. (Unruhe.)

Abg. Dr. F r e i t o h (D.D.) meint, wenn die finan- zielle Lage in Oldenburg auch einigermaßen überschaubar sei, so sei doch die Deute zu kurz. Die Frage, um die es gehe, sei nicht ein Finanzproblem, sondern ein Wirtschaftspröblem, denn außer dem Staat gäbe es auch noch einen Steuer- zähler. Wenn der aber kein Einkommen habe, höre alles auf. Die Wirtschaft habe man zerfallen. Mit der Ver- wirflichung der Müllerischen Anträge komme man keinen Schritt weiter. Man habe einfach nicht die Mittel, sie zu verwirklichen. Wer helfen wolle, müsse die Wirtschaft in Gang bringen, und das gelänge dadurch, daß man der Landwirtschaft helfe. Es sei richtig, daß es unter den Steuerzahlern hier und da Drückeberger gebe. Aber Herr Bunnenmann habe immer wieder erklärt, daß er mit solchen Lumpen, die zahlen können, aber nicht wollen, nichts zu tun haben wolle. Von Steuerabotage könne aber keine Rede sein.

Abg. L a h m a n n (Z.) bestreift, daß es in Preußen Gemeinden so schlecht geht wie in Oldenburg. Der Staat werde dort sofort zugreifen. Bei uns seien 15 bis 20 Ge- meinden in derart großen Schwierigkeiten, daß man sich ernstlich die Frage vorlegen müsse, ob es so weiter gehen kann. Seit Jahren kämpft keine Partei darum, den Ge- meinden andere Möglichkeiten zu erschließen, aber vergeblich. In den Reden, die heute gehalten wurden, sei nichts Posi- tives enthalten. (Nur in Ihren! Sie wollen Anleihen und neue Steuern!)

Abg. H e r z o g (M.S.) meint, die Katastrophe werde nicht nur in einem Lande, sondern bald im ganzen Reich eintreten. Die Sozialdemokratie predige als Heilmittel neue Steuern schon seit Jahren. So lange die Notverord- nungspolitik getrieben werde, sei keine Besserung zu er- hoffen. Seine Partei habe in der Stadt Oldenburg ein Gebe mit 10 Millionen Mark Schulden angetreten. Die haben Sie (zu den Sozialdemokraten gewendet) auf- genommen. (Abg. F r e i t o h: Wir? Wir hatten ja nie die Mehrheit!) Einzelne. Sie haben sie aber mit bewilligt. Wenn man die Staatshoheit nicht preisgegeben hätte, würde man sich heute nicht in der Abhängigkeit des internationalen Kapitals befinden. Aber an die Dinge gehe man nicht heran. Nach dem 24. April werden neue Notverordnungen kommen. Es habe sich als Phrase und Illusion herausgestellt, daß es sich nach der Annahme des Young-Planes um. besser würde. Redner erinnert daran, daß der Minister im Ausschuss er- klärt habe, der Landtag könne annehmen oder ablehnen, was er wolle, er kümmerge sich nicht darum. Der Landtag habe also ruhig zu Hause bleiben können, die Tagung koste nur Geld. Das Volk werde sagen: Seht euch den Narrentramp im Landtag an! Drei Wochen haben sie gegagt, aber nichts ge- schaffen. (Der Präsident ruft ihn wegen des Ausdrucks „Narrentramp“ zur Ordnung. (Dank schön! Ich nehme den Ausdruck mit Bedauern zurück und behaupte das Gegenteil.) Der Abg. W ö h n e r, der nur an dem ersten Teil der Sitzung teilnehmen konnte, habe ihn beauftragt, den Landtag zu erlösen, die Abwendung eines T e l e g r a m m s an die R e i c h s r e g i e r u n g zu beschließen, das etwa folgenden Wortlaut hat:

Der Oldenburgische Landtag schließt sich den einstimmigen Forderungen der Landesregierungen an, die eine Neu- ordnung der Wohlstandslagen fordern, und beschließt die sofortige Ersetzung von Maßnahmen, da ein Teil der Gemeinden Lehrgeldnehmer nicht zahlen und Wohlstands- erwerdlose nicht unterhalten könne.

Abg. W u n n e m a n n (D.N.) wendet sich dagegen, daß die Landwirtschaft schuld an der schlechten Klassenlage ist. Es ist nicht so, daß die Landwirtschaft die Steuern verweigert. Wenn man wisse, wie groß die Not in den Märkten zum Beispiel ist, würde man der Landwirtschaft nicht solche Vor- würfe machen. (Er weist darauf hin, daß die Landwirtschaft ent- schieden zurück. Nicht Steuererläß kann uns helfen, sondern man soll die Landwirtschaft nicht weiter bestrafen, sondern sie unterstützen. Einen anderen Weg gibt es nicht. Durch die Natur- eingriffe, die Mäuseplage usw., sei die Lage der Landwirtschaft noch wesentlich verschimmert worden. Die Entwertung des Grundbesitzes schreite immer weiter, und die Steuerlast wachse. Dadurch gerate man zwischen zwei Mühlsteine, von denen man zerrieben werden müsse. Die Notfälle wolle nicht aufheben und Steuerabotage treiben, sondern man strebe nach Bewilligung der Mißhilfe und nach Stillhaltung. Der Zins- wucher presse die letzte Substanz weg, deshalb sei dort der Sebel anzufehen. Der Zinsfuß muß heruntergesetzt werden, sonst wird es nicht besser. Wird die Not noch größer, dann führt das zu einer Kapitalisierung der Massen. Unser Ziel aber muß sein, daß Ruhe und Ordnung aufrecht erhalten bleiben. Die Staatsregierung habe sich mit ihrem Appell nicht nur an die Landwirtschaft, sondern an das gesamte Land wenden müssen.

Abg. J i m m e r m a n n (Z.) kommt auf den Vorwurf zurück, daß der Landtag jetzt tags, ohne positive Arbeit zu leisten. Der Antrag auf Einberufung des Landtages sei von seiner Partei nicht ausgegangen. Dem Abg. Herzog er- widert er, auch er werde, wenn er die Verantwortung keine, häufig von dem abweisen müssen, was er vorher ver- treten habe. Wenn die Nationalsozialisten immer kritisch am Young-Plan üben, müssen sie sich an die Deutschnationalen wenden, mit deren Hilfe doch der Young-Plan angenommen worden sei.

Abg. F r e i t o h (Z.) hat den Eindruck, daß sein Antrag betr. Vorforderung an die Steuerzahler keine Annahme finden wird. Er bedauert das. Der Antrag wolle die Regierung unterstützen, deshalb sei die Ablehnung doppelt bedauerlich.

Abg. H a r t o n g (M.) bestätigt, daß Delmenhorst nicht durch eigene Schuld in die heutige schwierige Lage geraten sei. Der Fall Delmenhorst sei keine Unterforschungsfrage. Wenn der Zwangsvergleich (Korbwolle) durchgeht, den Redner befürwortet, wird das eine Hilfe für Delmenhorst bedeuten.

Abg. Dr. g. W e i l a g e (Landb.) nennt es tolle So- zialisierung, wenn die Realsteuer aus der Substanz ge- nommen werden sollen. Man wisse, daß der Weg zur Er- haltung der Höhe durch die Gesänge geht.

Abg. G e i t z (Komm.) meint, daß alle Vorschläge der anderen Parteien nur Heffelpflaster seien. Die Sozial- demokraten haben sich mit Hindenburg verbunden; demnachst werden sie sich mit Hitler verbinden. (Seiterkeit.) Auf die Mahnung des Präsidenten, zur Sache zu sprechen, erwidert er: Der protobiert mir das das. (Gelächter.)

Abg. B u r g e r i (Soz.) meint, es sei reizvoll, an der Hand der kommunizistischen Anträge nachzuprüfen, was Theorie und Praxis ist. Es liege sich leicht gabelnmäßig nachweisen, daß sie einfach nicht durchführbar sind. Wenn die Stadt Delmenhorst in Not geraten sei, so ist das nicht ihre Schuld. Sie könne deshalb auch beantragt, daß der Stadtgemeinde geholfen wird. Das Reich müsse endlich Kraft machen, was immer gefordert sei. Wenn man die So- zialdemokratie für die bisherige Politik verantwortlich mache, so sei dazu zu sagen, daß sie noch nie die Mehrheit gehabt hätte. Hitler habe erklärt, daß er auch die Verträge nicht zerreißt werde. (Widerpruch.) Der weitere Krieg und die Inflation habe die Ursachen für die wirtschaftlichen Miß- geschickte. (Widerpruch.) Später seien verkehrte Kredit- politik und Volkspolit hinzugekommen. In seinen weiteren Ausführungen wendet sich Redner gegen die Kommunisten, die am Sonntag teilweise für Hitler gestimmt hätten. (Un- ruhe.) Allen Verleumdungen zum Trotz, werden die Sozial- demokraten die Arbeiter weiter aufklären. (Abg. M ü l l e r: Seil Hindenburg!)

Abstimmung

Der oben erwähnte Antrag J i m m e r m a n n wird ab- gelehnt.

Angenommen wird folgender Antrag: „Das Staats- ministerium wolle auf dem Verordnungswege, in Anbetracht der besondern Notlage der Gemeinden, die Ueberweisung eines Bruchteils des Gesamtstaatsanteils an der Umsatzsteuer an den Ausgleichsfond veranlassen.“

Folgender Antrag wird abgelehnt (es stimmen nur die Sozialdemokraten dafür): „Der Landtag wolle beschlie- ßen, das Staatsministerium zu ersuchen, durch Aufnahme von Anleihen oder Beschaffung von Ueberbrückungskrediten die notwendigen Mittel zu beschaffen, die Gemeinden in den Stand zu setzen, ihre dringlichsten Aufgaben zu erfüllen.“

Angenommen wird folgender Antrag: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, mit Nachdruck die Beschaffung langfristiger Anleihen zur Um- schuldung der kurzfristigen, bis zum 1. April 1932 eingegan- genen Verbindlichkeiten der Gemeinden zu veranlassen.“

Folgender Antrag wird abgelehnt: „Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, die Zahl und die Bezüge der Beamten und Angestellten des Staates und der Gemeinden auf den Vortriebsstand zurück- zuführen.“

Die Eingaben des Gemeindevorstandes der Gemeinde Warfisch, des Mietervereins Valente-Grenzmühlen und des Verbandes der Landgemeinden und der Arbeitsgemeinschaft der Städte des Landesteils Lübeck werden dem Staats- ministerium zur Prüfung überwieft.

Ein langer kommunizistischer Antrag in bezug auf Ar- beitsbeschaffung usw. wird abgelehnt. Es stimmen nur die Kommunisten dafür.

Die Abwendung des Telegramms (Abg. W ö h n e r) wird einstimmig beschlossen. Schluß der Sitzung 8,45 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch- vormittag 10,30 Uhr.

Aus dem Gerichtssaal

Landeshöfengerichtssitzung

Ein unehelicher Betreuer der Invaliden war der jetzt 34- jährige frühere Bäcker Reinhard Oswald 2901, geboren in Sebel bei Wittmund, wohnhaft in Seber. Er verlebte bis zum Herbst v. J. das Amt des Vorsitzenden des Arbeits- invaliden-Zentralverbandes für den Bezirk Verdenland. Er ist selbst Invalide. Er wurde wegen Unregelmäßigkeiten seines Postens entbunden. Die Anklage wirft ihm folgendes vor: 1. Im Januar 1930 in einem vorläufigen Mittelsbühnen eines aus dem Verband ausgetretenen Invaliden, nachdem dieser im Januar 1929 nicht mehr Mitglied und zu der genannten Zeit gestorben war, noch Beitragsmarken geliefert zu haben, um sich so eine Sterbeunterstützung in Höhe von 45 RM auszahlen lassen zu können. Das Geld hat er aber nicht etwa der Witwe zugestiftet, sondern für sich behalten. 2. Im Dezember 1930 einen invaliden Landwirt in Verden, der ihn mit der Vertretung einer an sich bereits verfallenen Annuität auf Zinsabrente beauftragt hatte, durch die falsche Behauptung, er müsse noch 62,40 RM an die Landesversicherungsanstalt in Oldenburg entrichten, wenn

er die Rente erhalten wolle, um diesen Betrag Zinsen zu haben. 3. In drei Fällen je einen Invaliden um 20 RM ge- bracht zu haben unter der unwahren Behauptung, sie sollten noch einmal ernstlich untersucht werden, und das Geld müsse eingezahlt werden. 4. Einen Invaliden zur Zahlung von 16 RM an ihn veranlaßt zu haben, die angeblich für die Beschaf- fung noch nachzulieferender Invalidenmarken Verwendung fin- den sollten. In Wirklichkeit waren nur fünf Marken zu je 60 Pf. zu liefern. 5. Einen Gastwirt in Hohenkirchen, der ihn als Invalide ebenfalls in Anspruch nahm, betrogen zu haben, indem er ihm vorfalschliche, er habe bereits einen Termin wahr- genommen, für den zweifeln müsse er 10 RM gebrauchten, und außerdem seien noch 52 Invalidenmarken zu je 90 Pf. nach- zuliefern. Beides entsprach nicht der Tatsachen, und so wurde der gutgläubige Gastwirt um insgesamt 56,80 RM geschädigt. Das Gericht ist mit dem Staatsanwalt der Ansicht, daß der Angeklagte im Falle 3 nicht überführt werden könne, im übrigen habe er seine Leute arg betrogen und sei auch bereits vor- bestraft. Das Urteil lautete auf 4 Monate Gefängnis.

Suffige Ede



Die musikalische Kapelle



„Jetzt spielen wir Nummer zweihundertachtzehn!“
„Über das hab' ich doch eben gespielt!“



Vereinfaßtes Verfahren

Freundlicher Rat

„Es ist gar nicht nötig, daß du dir die Schuhe ausziehst — auf die Füße kommt dir ja doch nicht!“

In die Drogerie kommt ein Mann und möchte gern für fünfzig Pfennige Zinkpulver.
„Soll ich es Ihnen in eine Dose oder in eine Tüte packen?“ fragt dienstbeflissen der Verkäufer.
„Da mach' der Mann sein Hemd auf und sagt: „Ach, schütten Sie's man einfach hier herein.“

Allerhand

„Minna, ich glaube fast, Sie tragen meine Ledschuhe?“
„Ja, Entschuldigen Sie, gnädige Frau, ich habe sie einmal angehabt, aber nur als — Ueberstüßel!“

Unterhaltung und Wissen

„Nachrichten für Stadt und Land“

Nummer 100 / Mittwoch, 13. April 1932

Stunden mit Goethes Faust

Vorträge von Oberstudien-Direktor Vortfeldt

Das ethische und das religiöse Problem
Schiller war es, der Goethe immer wieder auf die beiden größten Stoffe seiner dichterrischen Schöpfung hingelenkt hat: auf Faust und Wilhelm Meister. Wenn nun Schiller die ästhetische Erziehung des Menschen geschlechtlich durch den Genuß des Schönen bewirken wollte, so ist Faust durch die Erziehung hindurchgegangen.

Wie die stoffliche Wahrungssucht ihre Parallelszene in der romantischen hat, so ist dies auch der Fall mit der Szene im Hochgebirge, die den vierten Akt des zweiten Teils eröffnet; ihr entspricht im ersten die Szene Wald und Höhle; „Erhabener Geist, du gabst mir, gabst mir alles.“ Hier wird dort verachtet Mephisto, Faust seinen niederen Weg zu führen. Aber mit dem Unterchied: Dort gelangt es ihm — hier nicht mehr. Faust hat seine Erziehung durch Helena erfahren; er unterliegt nicht, er triumphiert. Auf die Frage Mephistos, was er beginnen wolle, entwirft er den kühnen Plan, Ebbe und Flut zu benutzen, um dem Meere Land abzugewinnen.

Im fünften Akt finden wir ihn als vom Kaiser feierlich belehnten Straubfürsten wieder — ohne Brunnentafelung, mehr im Still des reichen Privatmannes: „Die Tat ist alles, nichts der Ruhm.“ — Diese Tat der Landgewinnung ist bereits geschehen. Faust gehört alles Land; nur ein kleines Stück, das die beiden Allen Mephisto und Mephisto bewohnen, ist ihm nicht zu eigen. Es in seinen Besitz zu bringen, läßt er geschehen, daß den beiden Allen Gewalt angetan wird. Damit erweist er einmal in ihm der Unerbittlichkeit voll sündigen Vergehens. Aber die Rute folgt unmittelbar, aus dem Fall erhebt er sich größer als je zuvor.

Und nun endlich wird Faust vom Uebermenschen zum Menschen — in dem Gespräch mit der Gorgone liehnt ihr an — er erblinnet. So erfährt er ein tiefes Leid. Wie aber wird dieses Leid von ihm getragen? — Indem er zur letzten Tat den Befehl erteilt:

Daß sich das größte Werk vollende,
Genügt ein Geist für tausend Hände.

Ihn ergötzt das Gefühl der Spaten. Er weiß nicht: Was man da schaufelt, ist sein eigenes Grab.

Mephisto wagt, er habe den Pakt gewonnen; aber er ist der Betrogene: es ist ihm nicht gelungen, Faust auf das Faustbett der niederen Sinnlichkeit zu zwingen. Er verschwindet, und Engel tragen Fausts Unerbittliches empor. Die Hölle hat sich geschlossen; „des Chaos wunderlicher Sohn“ muß dahin zurückkehren, woher er gekommen ist.

Wir aber stehen mit Faust allein — mit dem Menschen; mit ihm und an ihm wollen wir die Frage nach dem höchsten Gut erörtern: Wam ist der Mensch? — Mensch, ethisch wertvoller Mensch? Diese Frage nach dem höchsten Gut schließt die nach dem höchsten Glück in sich.

Die Antwort wird uns auf einem Gang durch Fausts Leben zuteil. Seine Kindheit ist voll religiöser Gefühle und Erfahrungen gewesen. Als junger Mann begleitet er den Vater in die Krankenhäuser; als Waisenkindler häuften er alle Geschrammel auf sich. Dann aber geriet er auf falsche Bahnen, in den Kreis der Magie hinein. Er beschrieb sich dem Teufel und muß später der Sorge gegenüber bekennen: „Ich bin nur durch die Welt gerannt.“ Ein Leben des bloßen Genusses hat er geführt, sein Gewissen verhärtet. Erst die Begegnung mit Helena, der Eintritt in die Schönheitslehre beugte seine Wandlung. Sein Wesen wird emporgelutert bis zu jenem ersten Abend, das er im Hochgebirge an Mephisto richtet: „Gentzen mach ich gemein.“ Fortan vermischt er jedes, Genuß und sucht das höchste Gut, das höchste Glück in der Tat, und zwar zunächst noch in der selbstlichen Tat, darnach aber bewußt im sozialen Wirken für andere.

Ist das nun aber der Reichheit letzter Schluss? Ist der sozial tätige Mensch die Krone des Menschens? Ist damit die Antwort auf jene Frage gegeben: Wam ist der Mensch? — Mensch? — Nein: Selbst die höchste erreichte Höhe wäre Erkennung; das Menschliche des Menschen liegt in der Entwicklung. Die Ethik verlangt, daß der Mensch in der Entwicklung verbleibe. Darum ist auch der irdisch-strebende Faust ethisch wertvoll: „Es irrt der Mensch, solange er strebt.“ Aber: „Ein guter Mensch in seinem dunklen Drange ist sich des rechten Weges wohl bewußt.“ Ein guter Mensch ist der strebende, der den Reim des Göttlichen, den Gott selber in ihn gelegt hat, in sich entwickelt.

Von hier aus ergibt sich der Ausblick auf das andere große Lebenswert, den „Wilhelm Meister“, der gleich Faust seinen irdischen Lebenszweck in der sozialen Tätigkeit findet.

Und dein Streben — sei's in Liebe!
Und dein Leben sei die Tat!

Ethisch ist Faust vollendet. Religiös hat er die Vollendung auf Erden nicht erreicht. Im Gegenteil: gegenüber der aufsteigenden Linie seiner ethischen Entwicklung ist die seiner religiösen eher als absteigend zu bezeichnen. Dem Kind und Jüngling waren Götterläuten und Gebet brünstiger Genuß; der gereifte Mann erkennt die höchste und würdigste Form der Offenbarung im Neuen Testament. Aber der Teufelsbinder hält sich völlig aus Diesseits; das Jenenseits kümmert ihn wenig. Der ethisch der Vollendung entgegenstrebende Faust findet religiös das letzte Wort in der **Wiedererinnung**.

Der Erdentempel ist mir genug bekannt,
Nach drüben ist die Aussicht uns verramt;
Zor, wer dortbin die Augen blinzeln richtet,
Sich über Wolken feineseliglich dichtet:
Er sieht feil und sehr hier sich um!
Dem Nächsten ist diese Welt nicht fremd
Was braucht er in die Ewigkeit zu schreiben?
Was er erkennt, läßt sich ergreifen.

Ist aber dieses Bekenntnis Fausts im Gespräch mit der Gorgone seines letzten Bekenntnis? Ist dies der Widmung letzte Zeile? Die Frage ist mit einem scharfen, leidenschaftlichen Nein zu beantworten. Wieder müssen wir **Waldheim**, Faust ist nicht Goethe, Faust ist Goethes Geschöpf.

Goethe aber läßt seine Dichtung im Himmel schließen, wie sie im Himmel begann. Was der Prolog in den schönen Worten des Herrn verspricht: „So werd ich ihn bald in die Klarheit führen“ — hält der Anblick, in dem uns Faustens Verklärung geschildert wird.

Darin beweist sich, daß Goethe nicht nur der größte deutsche Dichter, sondern auch der religiöse aller deutschen Dichter ist. Die Gott-Natur, die sich ihm wirrend überall darstellte, beherrscht auch die Faust-Dichtung als die eigentliche Einheit des Geschehens; sie ist wirrend in Faust — seiner Gottesleugnung zum Trotz.

Die Lehre von der Unerbittlichkeit vor Goethes festerer Glaubensartikel: „Ich zweifle nicht an unserer Fortdauer.“ Die Art dieser Fortdauer freilich ist verchieden. Der Mensch muß sich seine Unerbittlichkeit selbst verdienen, — das Ethische und das Religiöse müssen einander durchdringen: „Wer immer strebend sich bemüht, den können wir erlösen.“

Mit dieser Idee der Erlösung betreten wir den Boden der reinen Religion; damit erhebt sich die größte Dichtung

Die Titanic-Katastrophe

Moderne Sicherung des Schiffverkehrs

Zwei Jahrzehnte sind am 14. April dahingegangen, seitdem sich das schwerste Seunglück ereignet hat, das wir in neuerer Zeit kennen: der Untergang der „Titanic“. Der Riesendampfer von 53.000 Tons sank beinahe auf seiner Jungferntour von Southampton nach New York infolge eines Zusammenstoßes mit einem Eisberg. Die einzigartige Bedeutung dieser Katastrophe liegt sowohl in dem Verlust von fast 1500 Menschenleben, als auch in dem Untergang eines Schiffes von solcher Größe und so hohem Wert. Noch immer sind die Schiffe an barem Geld und kostbarem Schmuck, die der Dampfer mit sich führte, unter dem Wogen begraben, doch trifft man jetzt ernsthaft Anstalten zu ihrer Hebung.

Bei der Erinnerung an dieses Unglück, das damals die ganze Welt erschütterte, ist es nun aber ein tröstlicher Gedanke, daß die Untergangenen wenigstens nicht umsonst gestorben sind, sondern daß diese Katastrophe segensreiche Folgen für die Sicherung des gesamten Schiffsverkehrs hatte. Zunächst waren es die mangelhaften Rettungs- vorrichtungen dieses Luxus Schiffes, die den Notwendigkeit schärferer Maßnahmen vor Augen stellten. Während sich im vergangenen 20. Jahrhundert die Zahl der Rettungsboote von 1178 Menschen aufnahm, die Matrosen wußten überhaupt nicht, welches der Boote sie zu bedienen hatten, und die Passagiere waren nicht unterrichtet, welche Boote im Notfall zu ihrer Rettung dienen sollten.

Um diesen Mängeln abzuhelfen, trat zwei Jahre nach dem Untergang die „Titanic-Konferenz“ zusammen, die einen Vertrag für den Schutz des menschlichen Lebens auf See anordnete. Dieser Vertrag, der allerdings erst 1931 international anerkannt wurde, enthält vor allem Bestimmungen über die Ausrüstung von Rettungsbooten und fordert, daß nicht nur „Raum für alle“, sondern noch ein Ueberfluß von 25 Prozent vorhanden sein muß.

Der Evangelmann

Musikalische Leitung: Willy Schweppe

In Szene gesetzt von Fritz Wiesel

Der Evangelmann wird mit der Zeit auch nicht jünger, und man muß alle Achtung haben, wenn sich aus diesem Wissen noch solche dramatischen Funken schlagen lassen, wie es bei der geistigen Reifung jener geschah. Vieles ist schwer erträglich, aber die Reinheit des Willens entziffert so so oft. Mit dieser Ansicht konnte sich allerdings der Dirigent Willy Schweppe nicht begnügen, und so insidierte er die Partitur, wählte sie hin und her, begeisterte sich schließlich an mancher unbedeckten Pointe. Er brachte uns neues Verständnis für die jetzt nur noch schwer zu begreifende Wirkung dieser Oper bei. Nabelhaft, wie dramatisch das Liebesdrama am Ende des ersten Aktes, die Erwählung des „Helden“ im zweiten Akt und die Weichte im dritten Akt aufgebaut wurden! Das war nicht nur nachschaffende Kunst des Dirigenten, sondern Neuschöpfung, die ihm die sonst wenig dankbare Aufgabe schließlich verflücht hat. Wir möchten diese Leistung Schweppe's — gewissermaßen aus dem Nichts wäre etwas zwiefel gesagt — nicht als das Werk des routinieren Kapellmeisters betrachten, sondern als neuen Beweis künstlerischen Eigenwillens.

Dabei hatten ihm die Solisten in hervorragendem Maße für die Duettsrollen ein Gast aus Suedbrück verpflichtet worden, Heinz Döbler, dessen einfache, sichere Art das Geiste der Partie vergessen machte. Seine Tenor — fröhlich und woffkündend, von welchem Genuß auch in der hohen Lage — war für uns eine gute Abwechslung, wie ja der Mensch das gern höher lächeln möchte, was er nicht besitzt. In den beiden oben genannten „Reisen“ war zu erkennen, daß Döbler auch härtere Aufgaben zu bewältigen verstand. Seine Partnerin, die leider nur im ersten Akt aufzutreten hat, war Sella Wäfer, eine Martha, über deren Selbstmord wird ebenso unglücklich sind wie Marthas, denn er entzieht uns die Rolle zu frühzeitig. Sella Wäfer hätte darstellerisch und stimmlich noch lange durchhalten können. Die schwarze Figur des Verleses ist Johannes, der eifersüchtige Bruder des Matthias; er verursacht als Intrigant den Kaufs- wurd des Bruders, die Anflage der Brandstiftung und den Selbstmord Marthas. Holger Borgeien spielt ihn dämonisch, auch in der Stimme. Wieder eine ausgezeichnete Leistung, die viel dazu beitrug, uns mit dem alten Evangelmann auszuföhnen, so vermissen diese paradoxe Auffassung der beiden Gestalten auch Aingen ma.

Am besten ist der erste Akt, in dem eine Volksszene sehr hübsche musikalische Gedanken zum Vortragen hat. Die Regelpartie, bei der Schneider Zitterbart, von dem gewissenhaften August Rohrs sehr hübsch dargestellt, alle neue

zu einem der größten religiösen Bekenntnisse: „Und hat an ihm die Liebe gar von oben tief genommen.“ Hier ist nach Goethe der Schlüssel zu Fausts Erlösung zu finden — ganz im Sinne der evangelischen Glaubenslehre; die Seligkeit kann nicht durch Werke, sondern allein durch Gnade gewonnen werden. —

In diesem großartigen Anblick kommen die „Stunden mit Goethes Faust“ zum Abschluß. Herzlicher, lang anhaltender Beifall dankt. Beisehunden in uneingeschränkter Bedeutung und schöner Erfüllung sind es gewesen. Ein Kundiger, der sich in unfaßender Kenntnis, in heißer, begeisterter und begeisternder Eingabe in die Welt der Dichtung vertiefte, war Führer zu ihrem Erlebnis hin. Dieses Erlebnis wird von den Hören nicht vergessen werden, sondern in ihnen bleiben und reifen — zu dem Ziel, auf das der Vortragende selber sie wies, und dessen Erreichung wir heute so dringend nötig haben:

Damit das Gute wirke, wasche, fromme,
Damit der Tag dem Ebeln endlich komme.

A. Wi.

Neben diesen Bestimmungen für die größere Sicherheit der Seeschifffahrt wurde infolge der Katastrophe auch die internationale Funktelegraphie zur See ausgebaut. Auf der Londoner Funk-Konferenz wurden die Hindernisse, die damals noch dem Verkehr aller Schiffstun-Stationen entgegenstanden, aufgehoben und jede Station verpflichtet, mit jeder anderen in Verbindung zu treten. Die Ausrichtungspflicht aller Schiffe mit funktelographischen Anlagen wurde anerkannt. So war eine Bewegung in Fluß gebracht, die in dem Weltfunk-Vertrag von 1927 gipfelte, der von über 100 Ländern unterzeichnet ist und die Sicherheit der Schifffahrt außerordentlich erhöht.

Vor allem aber ging man bald nach der Katastrophe der eigentlichen Ursache des Unglücks, der Eisberg-Gefahr, energisch zu Leibe. Schon im Sommer 1912 wurde ein Eisberg-Patrouillen-Dienst von der amerikanischen Marine eingerichtet, an dessen Ausbau sich die anderen wichtigsten seefahrenden Staaten beteiligten. Dieser Beobachtungsdienst der Bewegung der Eisberge, der in jedem Frühjahr, der Hauptgefahrzeit, durch besondere Schiffe aufgenommen wird, hat sich als überaus segensreich erwiesen. Man hat erkannt, wie schwierig es ist, das Auftreten dieser Ungeheime zur rechten Zeit festzustellen, und widmet daher ihrem Erscheinen die größte Aufmerksamkeit. Die Patrouillen geben sofort Nachricht von ihren Beobachtungen, und den Schiffen stehen bei den Fabriken von Newfoundland aus Eisberg-Lotien zur Verfügung, die über die Lage dieser schwimmenden Hülen genau unterrichtet sind.

Wenn es auch noch nicht glückt ist, wirksame Waffen zur Zerstörung der Eisberge zu finden, denn weder Torpedos noch Granaten noch andere Explosivstoffe richten viel aus, so ist doch durch diesen Ueberwachungsdienst die furchtbare Gefahr außerordentlich verringert, und die häufigen Zusammenstöße mit Eisbergen, die früher nicht selten zu ähnlichen Katastrophen wie bei der „Titanic“ geführt haben, sind beseitigt. So hat das Unglück doch — auch seinen Segen gehabt.

Wirkt, bietet schöne solistische und chorische Einfälle. Gänse, Thede, Riesler, Koch und Schmidtke taten sich dabei hervor. Der Regisseur Fritz Wiesel hatte für diesen Akt die Bilder Ernst Nufers für die Drehbühne in neuer Art verwendet; die Zweitteilung der Szene wirkte sehr gut, ganz anders auf jeden Fall als die Rotterdamer mit der Drehbühne in vorberehenden Zusammenstellungen, wo über die Einheit des Ortes hinweg bei hellem Licht „gedreht“ wurde.

Es wäre nun noch zu berichten von Willy Stolle, die das bewegende Schicksal der Traodie mit dem guten Herzen des teilnehmenden Mädchens und der qualterten Jüngler begleitet; sie bewies auch stimmlich wieder ihre großen entwicklungs-fähigen Gaben. Schürmann stellte den harterzigen Vater ohne Nachsicht dar, wie es sich bei künstlerischen Gemäßen gehört. Es kommt zwar auf der Welt allenthalben vor, aber das ist in einem Hinterbänkchen so viele arbeits Kinder auf einem Kaufen gibt — schon dieses Wunder anzusehen, lohnt sich. dr. kb.

Ein Frankfurter Goethe-Museum

Die Deutsche Volksspende für Goethes Geburtshäute in Frankfurt a. M., Großer Hirschgraben 23, deren Ehrenpräsident der Reichspräsident von Hindenburg ist, erläßt einen Aufruf, den unter andern führenden Persönlichkeiten des politischen und geistigen Lebens auch Ministerpräsident Cassebohm unterzeichnet hat; wir entnehmen dem Aufruf die folgenden Sätze: „Das freie Deutsche Volk hat zu Frankfurt am Main, vom Freund der Wissenschaft und Kunst im Jahre 1859 als Persönlichkeit des öffentlichen Rechts gegründet, hat des Dichters Geburtshaus im Jahre 1863 vor dem ihm drohenden Untergang gerettet... Es hat den Grundstein zu Sammlungen gelegt, die sich mehr und mehr zu einem bedeutungsvollen Goethemuseum auszubilden haben... Das Haus des Dichters emblemt von neuem der Mittel zu seiner Unterhaltung... Noch immer liegt der stoffliche Schatz der Sammlungen zum größten Teil in Gewölben und Speichern und in gefährlicher Umgebung verworren. Das Goethejahr 1932 muß helfen, dieses vererbene Erbe Goethes zu heben. Die Stadt Frankfurt am Main hat sich bereit erklärt, dem freien deutschen Volkstum zwei stimmungsvolle, aus Goethes Zeit stammende und an das Dichtergeschehen angrenzende Patrizierhäuser für die Unterbringung der Sammlungen dauernd zur Verfügung zu stellen. Gelangt es jetzt, die erforderlichen Geldmittel zu beschaffen, so werden Geburtshaus und Sammlungen zusammengefaßt zum Frankfurter Goethemuseum gehören. In alle Fremde Goethischer Dichtung und Weisheit ergeht die Bitte, trotz der Not der Zeit dem Hochsitz bei seiner Aufgabe tatkräftig, großherzig, opferfreudig zu helfen.“

